

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wissenschaft und Forschung

66. Sitzung
17. Mai 2021

Beginn: 08.35 Uhr
Schluss: 12.08 Uhr
Vorsitz: Martin Trefzer (AfD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht des Senats

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0099](#)
Konfuzius-Institut – Stiftungsvertrag, Ablauf der
Verhandlungen und Berufungsverfahren
(auf Antrag der Fraktion der CDU) WissForsch
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0141](#)
Freiheit von Forschung und Lehre schützen –
Kooperationen mit Chinas Konfuzius-Instituten an
deutschen Hochschulen kritisch hinterfragen
(auf Antrag der Fraktion der FDP) WissForsch
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0144](#)
Transparenz bei Kooperationen von Hochschulen
mit Dritten
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die
Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) WissForsch

Hierzu: Anhörung

Als Anzuhörende begrüße ich zunächst vor Ort Herrn Dr. Jens Brandenburg. Er ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Sprecher für Studium, berufliche Bildung und lebenslanges Lernen der FDP-Bundestagsfraktion. Herzlich willkommen, Herr Dr. Brandenburg! Über Webex begrüße ich die uns zugeschalteten Anzuhörenden. Das ist Frau Prof. Dr. Verena Blechinger-Talcott – sie ist Vizepräsidentin der Freien Universität Berlin und wird von Herrn Dr. Stefan Rummel begleitet, dem Vertreter der Abteilung Internationales der FU. Außerdem begrüße ich Herrn Janik Besendorf vom Allgemeinen Studierendenausschuss der Freien Universität Berlin, Herrn Dr. Andreas Fulda, Associate Professor an der Faculty of Social Sciences der School of Politics and International Relations der University of Nottingham, sowie Frau Prof. Dr. h. c. Mechthild Leutner, Emerita der Freien Universität am Institut für Chinarstudien. Ihnen allen ein herzliches Willkommen! Sie sind darauf hingewiesen worden, dass diese Sitzung live auf der Website des Abgeordnetenhauses gestreamt wird und dass die Aufzeichnung ebenfalls auf der Website abzurufen sein wird. Ich gehe davon aus, dass Sie mit diesem Vorgehen einverstanden sind. Falls nein, geben Sie bitte eine Rückmeldung. Des Weiteren ist die Frage, ob alle mit der Erstellung eines Wortprotokoll einverstanden sind. – Das ist der Fall, dann machen wir das so. Dann darf ich zunächst um die Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 3 a durch die CDU-Fraktion bitten. – Herr Grasse, bitte!

Adrian Grasse (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor gut einem Jahr haben wir dem Senat hier im Wissenschaftsausschuss die Frage gestellt, warum die Freie Universität einen Vertrag für eine Stiftungsprofessur unterschreibt, mit dem sie sich an chinesisches Recht bindet. Die Freiheit von Forschung und Lehre ist ein hohes Gut, die Problematik der inhaltlichen und personellen Nähe der Konfuzius-Institute zur Kommunistischen Partei Chinas und dem chinesischen Staat wird mittlerweile auch auf Bundesebene kritisch diskutiert. Im konkreten Fall geht es allerdings um die Finanzierung einer Professur, es geht nicht um die Bereitstellung von Personalkosten, sondern um einen Vertrag, der in mehreren Punkten nicht Vorgaben für Stiftungsprofessuren entsprochen hat, der nach-

verhandelt werden musste, weil eine Einflussnahme von chinesischer Seite offenbar nicht ausgeschlossen werden konnte. Wir möchten daher heute gerne darüber sprechen, wie dieser Stiftungsvertrag zustande gekommen ist, wie mit den Hinweisen und der Kritik des BMBF umgegangen wurde, aber auch, welche Konsequenzen aus diesem Verfahren für zukünftige Hochschulkooperationen und deren Rahmenbedingungen gezogen werden sollten. Insoweit danken wir Herrn Dr. Brandenburg, der persönlich erschienen ist, und allen anderen, die sich heute für die Teilnahme an der Ausschusssitzung digital zugeschaltet haben. Ich freue mich auf eine spannende Diskussion. Vielen Dank!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Grasse! – Zur Begründung des Besprechungspunktes 3 b Herr Förster, bitte!

Stefan Förster (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich kann mich nahtlos an die Einführung des Kollegen Grasse anschließen. Es geht am Ende auch darum, wie Freiheit von Forschung und Lehre geschützt werden können, gerade vor dem Hintergrund, dass die Kooperationen mit den Konfuzius-Instituten an deutschen Hochschulen eben nicht die gelebte Normalität von Kooperationen sind, sondern wir es hier letzten Endes mit dem Einfluss des chinesischen Regimes auf Lehrveranstaltungen, Lehrmaterialien und auch das Personal zu tun haben. Das ist kein gewöhnlicher Vorgang. Ich denke auch, man darf hinterfragen, ob wir es akzeptieren, dass es bei uns in Deutschland eine so starke finanzielle Abhängigkeit von der Kommunistischen Partei Chinas gibt und dass der Ausbau von China-Kompetenzen über den chinesischen Staat gesteuert wird. Da ist nichts dagegen einzuwenden, dass China-Kompetenzen, die Vermittlung der chinesischen Sprache in Deutschland angestrebt und aufgebaut werden, aber ob das über die Wege einer Finanzierung der Kommunistischen Partei Chinas und die entsprechenden Kooperationsvereinbarungen geschehen muss, sollte man schon kritisch hinterfragen, zumal damit seitens des chinesischen Staates und der Regierung in Peking eindeutige Absichten verfolgt werden. – Vielen Dank!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Förster! – Dann die Frage an die Koalitionsfraktionen. – Herr Schulze, bitte zu 3 c!

Tobias Schulze (LINKE): Danke schön! – Das Thema der Konfuzius-Institute hat uns auch interessiert, deswegen freuen wir uns auch über die Anhörung heute. Wir haben das Thema insofern ein bisschen erweitert, als dass es hier insgesamt um die Frage geht, wie transparent Kooperation mit Dritten im Hochschulbereich sind. Wir kennen die Beispiele etwa von Pharmafirmen, die ähnliche Stiftungsprofessuren eingerichtet haben, oder überhaupt von Wirtschaftsunternehmen. Wir kennen auch die Bereiche von gemeinsamen Forschungsinstituten, wo es mit der Transparenz bei den Verträgen nicht besonders gut aussieht, auch im Bereich der FU kam erst eine Informationsfreiheitsgesetzeanfrage – IFG – bzw. dann weitere Anfragen mit dem Ziel, überhaupt die Transparenz herzustellen. Deswegen war unser Ansinnen mit diesem Tagesordnungspunkt, auch noch mal auf das Thema Transparenz in Kooperationen mit Dritten insgesamt hinzuweisen. Weil wir hier über steuerfinanzierte Hochschulen reden, die sich in der Regel genau den Werten der Freiheit von Forschung und Lehre verpflichtet sehen sollten und nicht den von dritten Geldgebern. Insofern wollen wir das Thema hier mit einflechten, und ich hoffe auch, dass wir gelegentlich auf die etwas allgemeinere Ebenen der Transparenz kommen könnten. – Danke schön!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Schulze! – Dann kommen wir zu den Stellungnahmen der Anzuhörenden. Ich darf Sie bitten, sich möglichst die fünf Minuten für Ihr Eingangsstatement zu beschränken, damit wir anschließend auch genug Zeit haben, für die Nachfragen und die Beantwortung der Fragen. Wir beginnen mit dem Statement hier im Saal. – Zunächst Herr Dr. Brandenburg, bitte!

Dr. Jens Brandenburg (Sprecher für Studium, berufliche Bildung und lebenslanges Lernen der FDP-Bundestagsfraktion): Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Herr Regierender Bürgermeister! Herr Staatssekretär! Liebe Mitglieder des Abgeordnetenhauses! Ich möchte mich erst einmal sehr herzlich für die Einladung bedanken. Ich kenne solche Anhörungen aus dem Bildungs- und Forschungsausschuss des Deutschen Bundestages. Es ist eine interessante Erfahrung, das im Prinzip von der anderen Seite zu erleben. Meine Perspektive ist naturgemäß weniger die spezifisch landespolitische, sondern ich würde versuchen, Ihnen eher einen Überblick zu geben, die Debatte bundespolitisch etwas einzuordnen und mit einem klaren Fokus auf die Konfuzius-Institute, da das in den letzten beiden Jahren einer meiner Arbeitsschwerpunkte gewesen ist. Die Punkte, die ich gleich anspreche, sind alle in öffentlichen Gängen zugänglich. Das ist kein Geheimwissen, aber den Hinweis möchte ich gerne geben, im Zweifel kann ich die Quellen dazu liefern.

Es gibt in Deutschland zurzeit 19 Konfuzius-Institute – insofern keine Besonderheit. Weltweit sprechen wir von 500. Die Konfuzius-Institute konzentrieren sich – jetzt speziell in Deutschland – auf Angebote von Sprachkursen, auch kulturelle Veranstaltungen, zumindest in Göttingen auch auf Forschungsaktivitäten und immer wieder auch auf Veranstaltungen zu politischen Themen, beispielsweise die Beziehungen zwischen den USA und China oder, wie jüngst in Leipzig geplant, eine Veranstaltungsreihe zum hundertjährigen Jubiläum der Kommunistischen Partei in China.

Die rechtliche Struktur von den deutschen Konfuzius-Instituten unterscheidet sich einerseits untereinander, aber durchaus auch zu den Konfuzius-Instituten in anderen Ländern. In Deutschland sind das im Regelfall Kooperationsprojekten, zwischen einer deutschen Universität und der chinesischen Organisation Hanban, oftmals in Vereinsstruktur. Es gibt ein paar Abweichungen, dazu komme ich gleich noch mal, aber im Regelfall sprechen wir da wirklich von Kooperationsinstituten mit einer Doppelspitze, die einerseits von der chinesischen Seite gestellt wird, andererseits von der deutschen Seite.

Zu Hanban – diese Organisation hat sich im vergangenen Jahr umorganisiert, dazu komme ich auch gleich kurz –, zur Einordnung: Das ist eine nachgeordnete Behörde des chinesischen Erziehungsministeriums – in Klammern – gewesen, und die Bundesregierung weist auch darauf hin – Zitat –:

Das „Hanban“ ist dem Zentralen Propaganda-Department der Kommunistischen Partei Chinas unterstellt.

Wer sich näher damit beschäftigt, merkt schon, dass aufgrund der engen personellen Verflechtung auch die politischen Abhängigkeiten sehr groß sind. Die chinesische Seite stellt im Regelfall beispielsweise das Lehrpersonal bereit, also die Personalkosten werden von chinesischer Seite mitgetragen, auch Lehrmaterialien, die deutschen Universitäten im Regelfall im Gegenzug die Infrastruktur. In verschiedenen Fällen gibt es auch von Länderseite beispiels-

weise durch den bayerischen Staatshaushalt oder auch von kommunaler Seite immer wieder darüber hinaus direkte staatliche Zuschüsse von deutscher Seite.

Die chinesische Regierung verweist immer wieder gerne darauf, das sei im Prinzip so ähnlich wie die Goethe-Institute. Dieser Vergleich hinkt in mehrerlei Hinsicht – schon zahlenmäßig, wenn Sie sich das anschauen –: Aufgrund der sehr restriktiven Vorgaben in China gibt es ein einziges Goethe-Institut in Peking. Es gibt noch ein Adjunkt des Goethe-Instituts im Generalkonsulat Shanghai. Im Vergleich zu den 19 Konfuzius-Instituten in Deutschland kann man an der Stelle zumindest nicht von einer Reziprozität sprechen. Organisatorisch unterscheidet sich das sehr stark. Wir sprechen im Regelfall in vielen Fällen von Aninstitute der Konfuzius-Institute, also eine enge institutionelle Verflechtung mit den deutschen Universitäten, während die Goethe-Institute im Ausland im Regelfall eigenständig unterwegs sind.

Der Hauptunterschied, weshalb ich diesen Vergleich immer von den Goethe-Instituten weisen würde, ist die starke politische Abhängigkeit. Um die Frage der politischen Einflussnahme zu konkretisieren, würde einmal die offiziellen Stellungnahmen der Bundesregierung zitieren – Sie finden das im Zweifel in der Bundestagsdrucksache 19/15009 auch wieder. Dort schreibt die Bundesregierung – Zitat–:

Im Januar 2018 hat die sogenannte „Kleine Führungsgruppe zur Vertiefung umfassender Reformen“, ein zentrales Führungsgremium der Kommunistischen Partei Chinas unter Vorsitz von Staats- und Parteichef Xi Jinping, eine Reform der Konfuzius-Institute angestoßen. Künftig sollen die Konfuzius-Institute einen Fokus auf den „Aufbau einer sozialistischen Kultur“ und Unterstützung einer „Diplomatie chinesischer Prägung“ legen. Dies soll durch eine stärkere ideologische Vorbereitung des ins Ausland entsandten chinesischen Lehrpersonals erfolgen.

In derselben Drucksache finden Sie wenige Seiten darauf das Zitat der Bundesregierung:

Der Bundesregierung ist bekannt, dass der chinesische Staat bzw. die Kommunistische Partei Chinas Einfluss auf Veranstaltungen, Lehrinhalte und -materialien an Konfuzius-Instituten in Deutschland nimmt.

Jetzt wird gerne darauf verwiesen, dass es im vergangenen Jahr eine Umorganisation gab, China hat auf die deutliche, internationale Kritik reagiert und hat Hanban im Prinzip durch eine neue Organisationsstruktur ersetzt. Es gibt einerseits ein sogenanntes Zentrum für Sprachbildung und Kooperation, die sind weiterhin für die Erarbeitung der Lehrwerke, Fortbildung der Lehrenden und Stipendienprogramme, also letztendlich für die inhaltliche Ausgestaltung, zuständig. Dieses Zentrum ist weiterhin dem chinesischen Erziehungsministerium direkt unterstellt und wiederum an die Direktiven der Kommunistischen Partei gebunden. Nicht einmal die Adresse hat sich im Vergleich zur Hanban geändert, auch personell hat sich kaum etwas geändert. Da werden weiter die Inhalte entschieden und formal als Ansprechpartner oder Vertragspartner ist künftig die sogenannte chinesische Stiftung für internationale Bildung zuständig.

Das wird manchmal gerne als NGO dargestellt, ist es aber keineswegs. Ja, das ist eine Dachorganisation an der verschiedenste Universitäten und weitere Einrichtungen Chinas beteiligt sind, aber auch hier weist die Bundesregierung, insbesondere auch das Bundesamt für Verfassungsschutz, ausdrücklich darauf hin, dass inhaltlich und personell bei beiden Institutionen keine nennenswerte Neuausrichtung besteht. Auch hier möchte ich noch mal das Bundesamt für Verfassungsschutz wörtlich zitieren:

Eine Entideologisierung der KI oder gar deren Abnabelung vom Parteistaat ist folglich nicht zu erwarten. Konfuzius-Institute gefährden vielmehr auch weiterhin die akademische Freiheit in Forschung und Lehre und werden als wichtige politische Einflussakteure und Instrumente der Machtprojektion der KPCh im Ausland aktiv bleiben.

Es gibt im Ausland in vielen anderen Ländern konkrete Vorwürfe, teils auch Nachweise für Spionageaktivitäten, teils auch Forschungsspionage der Konfuzius-Institute. Hier möchte ich von meiner Seite zumindest bemerken, dass mir das in Deutschland bisher nicht konkret bekannt ist. Das scheint mir eine offene Frage zu sein, nur den Vorwurf würde ich ausdrücklich nicht erheben. Man darf sich auch nicht vorstellen, dass sich diese Abhängigkeit so widerspiegelt, dass da überall Propagandaplakate in den Sprachkursen herumhängen. Das ist deutlich subtiler, indem kritische Themen – beispielsweise die Tibetfrage, schwerste Menschenrechtsverletzungen, die Uigurenverfolgung etc. – systematisch ausgeblendet werden und in den Lehrveranstaltungen, wo auch künftige Lehrkräfte teilweise aus- oder fortgebildet werden, ein einseitiges Bild über die politische Lage in China vermittelt wird.

Viele Direktoren verweisen darauf, dass sie kritische Themen woanders, beispielsweise an ihren eigenen Lehrstühlen ansprechen können. Ich glaube, eine persönliche Einschätzung, dass schon die Tatsache, dass man in manchen Bereichen in Teilen deutscher Universitäten bestimmte Themen, weil sie von der Kommunistischen Partei politisch unerwünscht sind, nicht angesprochen werden können, eine erhebliche Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit ist. Wir können gerne gleich über verschiedenste Empfehlungen sprechen. Ich weise nur gerne daraufhin, dass Düsseldorf und auch die Universität Hamburg ihre Kooperation bereits beendet haben. In München ist übrigens auch keine Universität an einer Kooperation beteiligt. Die Universität Trier hat zumindest die aktuellen Aktivitäten, auch mit Verweis auf die Wissenschaftspolitik in China, pausiert.

Ich glaube, wir sollten in Deutschland diese Abhängigkeit auch wissenschaftlich unabhängig deutlich stärker aufarbeiten, in ausdrücklicher Wahrung der Hochschulautonomie, einen sehr engen Austausch mit den Hochschulen zur Sensibilisierung suchen, auch nach Alternativen suchen. Staatliche Zuschüsse von Landes- und kommunaler Seite, in sehr geringem Ausmaß auch von Bundeseite, sollte man meines Erachtens streichen. Im Fokus müsste stehen, dass wir zusätzliche China-Kompetenz in Deutschland aufbauen. Wir leben in einer globalisierten Welt, das wird immer wichtiger, umso wichtiger ist auch, dass Bund und Länder gemeinsam die finanziellen Kapazitäten bereitstellen. – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Dr. Brandenburg! – Dann kommen wir zu den Anzuhörenden, die uns per Webex zugeschaltet sind. Ich würde vorschlagen, Frau Prof. Dr. Verena Blechinger-Talcott, Sie machen den Aufschlag. – Bitte schön!

Dr. Verena Blechinger-Talcott (Vizepräsidentin der Freien Universität Berlin) [zugeschaltet]: Ich mache gerne den Aufschlag. Herzlichen Dank für die Einladung zur heutigen Anhörung! Ich freue mich auch auf die Diskussion. Ich habe zu allen Dreien – es sind insgesamt drei Themenkomplexe, die heute hier behandelt werden sollen, und ich denke, wir sollten die auch auseinanderhalten – kurz etwas zu sagen. Ich möchte aber zunächst mit einer Vorbemerkung starten. Ich glaube, es ist allen Beteiligten an deutschen Universitäten klar, dass sich die politischen Rahmenbedingungen der wissenschaftlichen Kooperation mit chinesischen Partnerinstitutionen in den vergangenen Jahren deutlich verschlechtert haben. Das gilt sowohl für die allgemeine Frage der Einhaltung der Menschenrechte im Land, wie auch für die besondere Frage der Einhaltung der akademischen Freiheit an chinesischen Universitäten. Zugleich gilt auch, dass die Bedeutung Chinas als Wissenschaftsstandort in den letzten Jahren weiter stark gewachsen ist. Die chinesische Wissenschaft ist in vielen Bereichen auch und gerade in den Natur- und Technikwissenschaften konkurrenzfähig geworden oder in einzelnen Feldern auch führend. Chinesische Universitäten sind in den weltweiten Hochschulrankings aufgestiegen und gehören in Fällen wie der Peking-Universität, die strategischer Partner der Freien Universität Berlin ist, oder der Tsinghua-Universität inzwischen zu den besten der Welt.

Es stellt sich daher für uns als Universitäten die Frage, wie man mit dieser Ambivalenz politisch umgehen soll, wenn einerseits China einer der führenden Wissenschaftsnationen ist oder auf dem Weg ist, eine zu werden, und andererseits zunehmend Freiheitsrechte in diesem Land eingeschränkt werden. Die politische Frage lautet, ob man stärker auf Abschottung und Reduktion der Kooperationen setzen sollte, oder ob die Zusammenarbeit zumindest in solchen Bereichen weiter fortgeführt werden soll, wo man damit für beide Seiten positive Effekte erzielen kann, ohne das System damit zusätzlich zu unterstützen oder dort zu legitimieren, wo es Menschenrechte verletzt.

Die Politik der Freien Universität geht davon aus, dass im wissenschaftlichen Bereich Kooperationen möglich sind und Gesprächskanäle offengehalten werden können und sollten, die vielleicht im politischen Bereich nicht mehr so opportun sind. Um nicht naiv zu handeln, bzw. auf die zunehmend komplexere Gemengelage zu reagieren, hat die Universität in diesem Jahr zwei neue Maßnahmen eingeführt. Wir haben zum einen ein Positionspapier zur Wissenschaftsfreiheit und Internationalisierung verabschiedet, das ich in der Erarbeitung verantwortet habe, wo wir unter anderem einen Maßnahmenkatalog erarbeitet haben und Prozesse definieren, wie man zukünftig mit Verletzungen akademischer Freiheit bei Partnern umgehen soll, ebenso auch, wie man mit Preisgeldern oder Förderungen von internationalen Partnern umzugehen hat. Darunter fällt auch eine Policy, wann wir uns Petitionen für verfolgte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern anschließen und wann nicht. Wir haben ebenso gerade in diesem Monat für die Kooperation mit China speziell einen China-Beirat eingerichtet. Hier geht es darum, erstens regelhaft mit internen und externen Kolleginnen und Kollegen die Situation in China zu beobachten, zweitens unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu beraten und drittens bei größeren oder umstrittenen Projekten einen institutionellen Prozess für die Entscheidungsfindung des Präsidiums durchführen zu können. Das erst einmal als Vorbemerkung.

Dann wollte ich kurz zu den drei Themenkomplexen etwas sagen. Zunächst zur Stiftungsprofessur für Chinesisch als Fremdsprache: Diese wurde auf Wunsch des früheren Präsidiums und auf Initiative meines Vorgängers Klaus Mühlhahn eingerichtet, damals Vizepräsident für Internationales. Man hatte ab 2015 Gespräche mit der chinesischen Regierung, mit dem chi-

nesischen Erziehungsministerium, geführt. Es ging um eine Professur für die Vermittlung chinesischer Sprache, insbesondere für die Ausbildung von Chinesischlehrerinnen und -lehrer an Schulen in Deutschland, für die wir keine eigenen Finanzierungsmöglichkeiten im Haushalt der Freien Universität hatten und haben. Vorbild war ein Vertrag für eine Stiftungsprofessur, die etwa zeitgleich an der Universität Göttingen eingerichtet wurde. Der Vertrag wurde Mitte 2017 unterzeichnet.

Bedarf ist auf jeden Fall da. Die Professur ist wichtig für die Ausbildung qualifizierter Chinesischlehrerinnen und -lehrer an weiterführenden Schulen. Das Ziel ist es, dass in Deutschland ausgebildete Lehrer für den Chinesischunterricht mittelfristig Lehrkräfte ersetzen sollen, die aus China entsandt werden oder in China ausgebildet wurden. Die Gesamtdauer der Förderung des Vertrags ist fünf Jahre. Es ist also eine Anschubfinanzierung. Die Gesamthöhe der Förderung beläuft sich auf circa 500 000 Euro; das heißt also, 100 000 Euro pro Jahr. Danach muss die Freie Universität aus ihrem eigenen Haushalt die Professur weiterfinanzieren.

Im Berufungsverfahren ist es so, dass wir den Kollegen Andreas Guder berufen haben. Das ist einer der führenden Experten im Fach der Chinesischdidaktik. Das erfolgte nach dem üblichen Verfahren und ohne jede Beteiligung und Einflussnahme der chinesischen Geldgeber. Herr Guder selbst ist auch jemand, der sehr unabhängig arbeitet, der in Taiwan genauso gut vernetzt ist wie in Volksrepublik China. Ein Einfluss auf Forschung und Lehre von der chinesischen Seite ist uns bislang nicht aufgefallen. Er scheint uns auch ausgeschlossen und sollte tatsächlich der unwahrscheinliche Fall erfolgen, dass die chinesische Seite Einfluss nehmen möchte, die Finanzierung gegebenenfalls auch abubrechen droht, oder wir sagen, wir wollen dieses Geld nicht länger annehmen, dann würde die Freie Universität Berlin, die Professur aus eigenen Mitteln finanzieren, was wir nach fünf Jahren laut Vertrag ohnehin machen müssen.

Ich möchte noch mal darauf hinweisen, dass die Einrichtungen von Stiftungsprofessuren für Sprachdidaktik oder auch die Entsendung von Sprachlehrkräften weltweit gängige Praxis ist. Auch Deutschland ist hier eine der führenden Nationen. Man sollte sich auch da bewusst sein, wenn wir diese Praxis gerade für China in Frage stellen, dass wir uns dann fragen müssen, wie es mit den Deutschlehrkräften ist, die wir ins Ausland schicken, die durchaus eine Säule der deutschen Außenwissenschaftspolitik sind. Gleichzeitig der Hinweis: Der Vertrag in der 2017 geschlossenen Variante enthielt in der Tat einige problematische Punkte. Insbesondere – Sie hatten das erwähnt, Herr Brandenburg – die Verletzung chinesischer Gesetze, die Bindung an chinesisches Recht mit Gerichtstand China und auch eine Beschränkung, dass nur Studierende aus EU-Ländern zugelassen werden sollten. Darüber gab es im letzten Jahr eine längere Diskussion. Wir sind dann an die chinesische Seite herangetreten und haben um eine Änderung dieser Punkte gebeten. Wir haben das dann verhandelt und diese drei Punkte erfolgreich aus dem Vertrag entfernt. Erst nachdem diese Punkte bereinigt waren, haben wir auch den ersten Mittelabruf nach China geschickt. Das heißt, unter dem alten Vertrag haben wir keine Mittel abgerufen.

Das Konfuzius-Institut als zweiter Punkt ist 2006 gegründet worden, hat an der Freien Universität eine etwas andere Struktur als andere deutsche Konfuzius-Institute und unterscheidet sich auch noch mal deutlich von Konfuzius-Instituten in anderen Ländern Europas, Nordamerikas oder Kanada. Unser Konfuzius-Institut ist ein eingetragener Verein, der fünf Mitglieder von der Freien Universität und fünf von der Peking-Universität hat, weil wir das im Rahmen unserer Kooperation mit der Peking-Universität betreiben. Das chinesische Erzie-

hungsministerium gibt Geld, es gibt aber keinen konkreten Vertrag zwischen der FU und dem Erziehungsministerium über das Konfuzius-Institut. Die Finanzierung erfolgt jedoch durch das chinesische Erziehungsministerium, und hier geht es um circa 100 000 Euro pro Jahr, die in erster Linie für Sprachlehrkräfte und die Finanzierung der chinesischen Direktorenstelle verwendet werden. Die Freie Universität stellt die Räumlichkeiten, eine 60-Prozent-Verwaltungsmitarbeiterin und eine studentische Hilfskraft.

Durch die Vereinsstruktur und durch die klare Trennung des Konfuzius-Instituts von Forschung und Lehre an der Freien Universität Berlin ist ein Einfluss auf die akademische Freiheit an der Freien Universität aus meiner Sicht ausgeschlossen. Das Konfuzius-Institut bietet komplementäre Angebote zur Kultur Chinas an, die sich vor allem an die allgemeine Öffentlichkeit richten, aber auch für unsere Studierenden offenstehen. Das Einzige, wo wir tatsächlich eine Überschneidung mit der Lehre an der Freien Universität haben, sind Kurse in Chinesisch für Hörer anderer Fakultäten im Rahmen der sogenannten allgemeinen Berufsvorbereitung, aber in der Lehre in der Sinologie, in den regelhaften Kursen, Pflichtangeboten oder Wahlpflichtangebote sind Konfuzius-Institutslehrkräfte nicht eingebunden.

Darüber hinaus – das wäre mein dritter Punkt – hat die Freie Universität keine weiteren direkten Zahlungen aus China erhalten. Es gibt auch keine weiteren Verträge. Wir beherbergen im Schnitt etwa 30 chinesische Doktorandinnen und Doktoranten pro Jahr, die mit einem Stipendium des China Scholarship Council gefördert werden und bis zu vier Jahre in Berlin bleiben. Diese werden in der Regel von den Professorinnen und Professoren der Freien Universität auf Basis ihrer Fähigkeiten und Interessen hin ausgesucht und manchmal sogar gezielt angeworben. Es gibt darüber hinaus einzelne Forschungsprojekte von Professorinnen und Professoren an der Freien Universität mit chinesischen Partnern, aber nach unserem Stand keine Projekte, bei denen größere Summen aus China an die Freie Universität Berlin kommen. Wir haben auch schon seit zwei Jahren einen regelmäßigen China Round Table an der Freien Universität, wo ich auch als Vizepräsidentin dann alle Akteurinnen und Akteure, die chinabezogenen Kooperationen durchführen, einlade, wo es einerseits auch um Sensibilisierung geht, auch für Fragen von Wissenschaftsfreiheit, auch um Gefährdung, sowohl unserer Studierenden und Lehrenden von der Freien Universität, wenn sie in China forschen, welche Themen, welche Dinge vielleicht dann problematisch sein könnten, damit die Kolleginnen und Kollegen und vielleicht auch die Studierenden darauf vorbereitet sind. In der Vergangenheit gab es einen Fall von einem Studierenden, der in China Repressionen ausgesetzt war und dann das Land verlassen musste. Das war für mich ein Weckruf, dass man sagt, dass man unsere Studierenden gut vorbereitet ins Land schicken. Forschung in China funktioniert anders als in der Bundesrepublik Deutschland, das ist nun mal so. Das machen wir über den Round Table zur Sensibilisierung der Beteiligten auch zum Informationsaustausch. – Vielleicht erst einmal so weit; ich glaube, ich habe die fünf Minuten schon überzogen. Ich freue mich auf Fragen!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Frau Prof. Blechinger-Talcott! – Dann bitte Herr Besendorf vom AStA.

Janik Besendorf (AStA Freie Universität Berlin) [zugeschaltet]: Vielen Dank! – Vielen Dank an der Stelle für die Einladung, die uns ermöglicht, auch die Perspektive der Studierenden auf die heute angesetzten Themen zu schildern! Wir sind als AStA auch immer im Akademischen Senat der Freien Universität vertreten und haben dabei beispielsweise auch die Einführung der Stiftungsprofessur kritisch begleitet. Im Rahmen des Themas Transparenz

versuchen wir regelmäßig für Transparenz an der Hochschule zu sorgen, indem wir beispielsweise Anfragen an das Präsidium im Akademischen Senat oder auch nach dem Informationsfreiheitsgesetz stellen. Selbstverständlich sind wir auch im Kontakt mit allen Studierenden an unserer Hochschule, bei dem Thema insbesondere mit den Studierenden der Sinologie. Ich möchte mich auch auf die drei angesprochenen Themen fokussieren. Zunächst die Konfuzius-Institute, die Stiftungsprofessur und dann Transparenz allgemein an den Hochschulen und an der FU.

Es gibt in Deutschland 19 Konfuzius-Institute, wie bereits erwähnt wurde. Diese lehren primär die chinesische Sprache und bieten Kulturveranstaltungen an. 2006 wurde das erste dieser Institute in Deutschland an der FU Berlin unter Leitung der auch anwesenden Mechthild Leutner gegründet. Die FU hat eine Vorreiterrolle in der Kooperation mit dem Hanban. Die Konfuzius-Institute sind direkt an den Hochschulen angesiedelt und vermitteln dadurch eine gewisse Neutralität. Anders als etwa die deutschen Goethe-Institute untersteht das Projekt der Konfuzius-Institute dem schon angesprochenen Hanban, eine Organisation des chinesischen Bildungsministeriums. Das Hanban versucht dabei, durch das Bereitstellen von Geld, Dozierenden und Lehrmaterial direkt Einfluss auf die Lehre an den Konfuzius-Instituten zu nehmen. Das heißt ganz konkret, dass man auf Arbeitsblättern im Chinesischunterricht Vokabeln wie Tibet, Taiwan, Protest oder Transparenz vergebens sucht.

Das gilt nicht nur für Sprachkurse am Konfuzius-Institut, sondern nach Berichten der Sinologie-Studierenden auch an den universitären Sprachkursen, die beispielsweise im Studiengang der Sinologie verpflichtend sind, da auch dort Lehrbücher eingesetzt werden, die von der chinesischen Regierung vorher kontrolliert wurden. Die Lehrenden vermeiden es auch bewusst, kritische Äußerungen über die Lehrbücher hinaus zu treffen, da sie Angst vor negativen Konsequenzen für ihre Karriere haben. Das heißt, wenn Xinjiang oder Taiwan besprochen werden, dann lediglich geografisch, oder es wird beschrieben, wie schön die Natur dort sei, aber es wird kein Wort über Menschenrechtsverletzungen verloren.

Die deutschen Hochschulen beteiligen sich an Konfuzius-Instituten primär durch Infrastruktur wie das Bereitstellen von Räumen, aber im Falle der FU auch durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FU, die Aufgaben wie das Projektmanagement oder Sekretariat übernehmen, wie es auch auf der Website des Konfuzius-Instituts nachzulesen ist. Letztlich wird so chinesische Propaganda auch durch deutsches Steuergeld finanziert.

Mechthild Leutner, die langjährige Vorsitzende des Konfuzius-Instituts an der FU und emeritierte Professorin leugnete eine Einflussnahme Chinas stets. Das ist von ihr allerdings auch aus unserer Sicht nicht verwunderlich, wo sie letztes Jahr im Ausschuss für Menschenrechte des Bundestags die Umerziehungslager für Uiguren als berufliche Ausbildungszentren bezeichnete. Eine Aussage, von der sich das Präsidium der FU auf Nachfrage bisher nicht distanzieren wollte. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestags kommt indes in einem neuen Gutachten zu dem Schluss, dass es sich beim Verhalten des chinesischen Staates in Xinjiang um Völkermord handelt. Den Einfluss des Hanban auf die Lehre hingegen sieht sogar die Bundesregierung als erwiesen an, und er wird offensichtlich, wenn man betrachtet, dass das Hanban von zwei Politbüromitgliedern der sogenannten Kommunistischen Partei Chinas geleitet wird. Über die Konfuzius-Institute werden laut dem Journalisten David Missal, der zahlreiche Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz stellte, um diese Informationen zusammenzutragen, jährlich circa 2 Milliarden Euro an deutsche Hochschulen gezahlt. Der Ein-

fluss, den China an deutschen Hochschulen ausübt, wird auch deutlich, wenn man sich daran erinnert, dass der chinesische Botschafter 2019 beim Präsidium der TU Berlin vorstellig wurde, nachdem sich der AStA der TU Berlin mit protestierenden Studierenden der in Hongkong solidarisiert hatte.

Neben dem bereits angesprochenen Konfuzius-Institut gibt es an der FU Berlin eine weitere Kooperation mit dem Hanban, bei der sich die FU eine ganze Professur von China finanzieren lässt. Im Vertrag über die Professur räumte sich das Hanban weitreichende Einflussmöglichkeiten wie – Zitat – korrigierende Maßnahmen ein, sollte die FU beispielsweise chinesische Gesetze verletzen. Das Hanban behält sich weiterhin vor, die Finanzierung einzustellen, was dazu führt, dass die FU sich von China abhängig macht, weil die Professur auch bei einem Rückzug der Finanzierung weiter bezahlt werden muss. Für diese Professur bezahlt China über fünf Jahre insgesamt 500 000 Euro. Über die Notwendigkeit, dass die FU eine Finanzierung bereithalten muss, sollte das Hanban die Finanzierung einstellen, musste erst die Senatsverwaltung das Präsidium hinweisen.

Die Probleme des Vertrags wurden in dieser Dringlichkeit erst durch IFG-Anfragen von dem schon erwähnten David Missal sowie von unserer Seite deutlich, wonach der Vertrag einsehbar und danach öffentlich wurde. Zuvor beschwichtigte das Präsidium im Akademischen Senat und behauptete, es gebe im Vertrag keine Möglichkeiten der Einflussnahme. Nach öffentlicher Kritik wurden im Vertrag zwar die Passagen, die sich auf chinesisches Recht beriefen, gestrichen, es gibt aber für das Hanban weiterhin die Möglichkeit, eine sogenannte Evaluation anzustrengen, sollte das Handeln der FU nicht in ihrem Sinne sein und gegebenenfalls die Finanzierung einzustellen. Auch diese Änderungen wurden erst durch eine IFG-Anfrage einsehbar.

Das Informationsfreiheitsgesetz stellt also wie beschrieben ein unverzichtbares Mittel dar, um Transparenz an Hochschulen insbesondere bei Kooperationen mit Dritten zu schaffen. Die Hochschulen zeigen sich allerdings nur selten kooperativ. So werden die Fristen für Anfragen regelmäßig um Monate überschritten oder Anfragen erst im Widerspruchsverfahren nach vorherigen Ablehnen ernsthaft geprüft. Dennoch bleibt das IFG gerade auch wegen der Möglichkeit eines Widerspruchverfahrens und der Vermittlung durch die Landesdatenschutzbeauftragte das schärfere Schwert im Vergleich zu Anfragen im Akademischen Senat, bei denen die Einsicht in Unterlagen noch öfter abgelehnt wird. Das führt zur absurden Situation, bei der allen Bürgern Berlins mehr Rechte eingeräumt werden, als gewählten Mitgliedern der akademischen Selbstverwaltung.

Umso schlimmer ist, dass die LKRP beim Senat für Inneres dafür lobbyiert hat, dass IFG-Anfragen nur noch bei Drittmittelprojekten beantwortet werden müssen. Der entsprechende Entwurf des Berliner Transparenzgesetz, der diese Forderung aufnimmt, muss dringend angepasst werden. Anfragen unsererseits an die drei Universitäten zur Stellungnahme der LKRP zum Berliner Transparenzgesetz bleiben beispielsweise ebenfalls seit Monaten unbeantwortet. Hier wird ebenfalls keine Transparenz geschaffen. Man versucht offenbar auf Zeit zu spielen und Unterlagen erst dann herauszugeben, wenn Themen nicht mehr im öffentlichen Diskurs relevant sind. Hier gilt es, dass Berliner Transparenzgesetz zu verschärfen und die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationssicherheit besser personell auszustatten, um dem entgegenzuwirken. Außerdem müssen im Berliner Hochschulgesetz Regelungen gefunden werden, die Auskunftsrechte für Mitgliedern von Gremien und Hochschulangehörigen sicher-

stellen. Weiterhin sollten die Hochschulen verpflichtet werden, von sich aus für Transparenz von Kooperationen mit Dritten zu sorgen, damit bürokratische Anfragen obsolet werden. Die Kooperationen mit dem Hanban sollten unserer Auffassung bundesweit eingestellt werden.

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Besendorf! – Der Nächste ist dann Herr Dr. Fulda. – Bitte schön!

Dr. Andreas Fulda (University of Nottingham) [zugeschaltet]: Ganz herzlichen Dank für diese freundliche Einladung! In der öffentlichen Debatte geht es um die Frage, ob die Kommunistische Partei Chinas mit Mitteln der Konfuzius-Institute in Deutschland die Wissenschaftsfreiheit gefährdet. Um diese Frage zu beantworten, möchte ich gerne kurz über die Rolle der KPCh sprechen. Unter Führung von Generalsekretär Xi Jinping hat die Partei unabhängige Wissenschaft in und außerhalb Chinas als eine unmittelbare Gefahr für das Regime identifiziert. Ich denke hier an die Zensurvorgaben aus dem Jahr 2013. „Seven Don't Speaks“ tabuisiert universelle Werte, Meinungsfreiheit, Zivilgesellschaft, Bürgerrechte, die historischen Fehler der Partei, die Unabhängigkeit der Justiz etc. „Document No. 9“ hingegen erklärt darüber hinaus Verfassungsdemokratie, unabhängigen Journalismus und die Geschichtsschreibung der Partei zu Tabus. Im Jahr 2019 verhängte der Parteistaat außerdem Änderungen an den Chartas chinesischer Universitäten. Es geht nicht länger um Gedankenfreiheit, sondern darum, der Führung der Partei zu folgen.

Dies ist nur ein kleiner Baustein eines breiten Trends zur Unterdrückung regimekritischer Stimmen und einer totalitären Gleichschaltung der chinesischen Wissenschaft, Gesellschaft und Medien durch eine einheitliche Erzählung, die vom Parteistaat streng kontrolliert wird. Eine Entwicklung, welche wir besonders zu Beginn der Covid-19-Krise beobachten konnten. Der politische Krieg der Partei gegen unabhängige Akademiker wird von der Einheitsfrontabteilung organisiert. Letztere hat unter anderem die Aufgabe, Chinesinnen und Chinesen im Ausland für die Partei zu gewinnen, offizielle Narrative zu verbreiten und Forschung an ausländischen akademischen Institutionen zu fördern. Ein Bericht der Jamestown Foundation ergab, dass im Jahre 2019 – ich zitiere – fast 600 Millionen US-Dollar für Ämter bereitgestellt wurden, welche Ausländer und chinesische Gemeinde in Übersee beeinflussen sollen. – Zitat Ende.

Wenn die Kommunistische Partei Chinas also erhebliche personelle Ressourcen bzw. Finanzmittel für Konfuzius-Institute bereitstellt, so geschieht dies nicht etwa im Interesse der deutsch-chinesischen Völkerverständigung. Vielmehr geht es darum, dass die Geschichte Chinas und vor allen Dingen die Rolle der Partei gut erzählt wird. Insofern wäre es naiv zu glauben, dass Konfuzius-Institute nur kulturelle Einrichtungen sind. Sie haben darüber hinaus die politische Funktion, individuelle und institutionelle Selbstzensur an westlichen Universitäten zu fördern. Es geht im Kern darum, die unabhängige Wissenschaft als regimekritische Kraft zu neutralisieren.

Mitarbeiter an Konfuzius-Instituten und verantwortliche Führungskräfte an deutschen Universitäten mit Konfuzius-Instituten werden dem Vorwurf der institutionellen und individuellen Selbstzensur weit von sich weisen. Es gibt hierfür jedoch zwei wichtige Indizien. Zum einen werden die Konfuzius-Institute-Kooperationsverträge geheim gehalten, und es ist in der Tat investigativen Journalisten wie David Missal zu verdanken, dass wir von dem hochproblematischen Vertrag zwischen der FU Berlin und Hanban erfahren haben. Übertriebene Geheim-

haltung ist eine Form der institutionellen Selbstzensur. Gäbe es nichts zu verheimlichen, könnten diese Verträge selbstverständlich öffentlich gemacht werden. Stattdessen geht es um die Vermeidung öffentlicher Kritik. Es ist in diesem Zusammenhang alarmierend zu hören, dass der Berliner Senat erwägt, in Zukunft Hochschulen vom neuen Transparenzgesetz auszunehmen.

Jetzt der zweite Punkt: Was mir aufgefallen ist, ist, dass KI-Direktoren zum Thema Wissenschaftsfreiheit schweigen. Noch im Herbst letzten Jahres haben dreizehn KI-Direktoren einen Brief an 200 Bundestagsabgeordnete geschickt. Darin wurden die Konfuzius-Institute –ich zitiere –: als wichtige Plattform für deutsch-chinesischen Austausch –, beworben. Nun ist allen bekannt, dass im März diesen Jahres europäische Chinawissenschaftler von der KPCh mit völlig inakzeptablen Sanktionen überzogen wurden. In Reaktion auf diese Grenzüberschreitung haben sich über 1 300 Akademiker weltweit zusammengefunden und einen Solidaritätsbrief unterschrieben, darunter 80 an deutschen Universitäten lehrende Chinawissenschaftler. Das war ein sehr ausgewogener Brief, nicht polemisch, nicht polarisierend.

Ich habe mir das einmal angeschaut: Wissen Sie, wer den offenen Brief nicht unterschrieben hat? – Zwölf der dreizehn KI-Direktoren. Nun könnte man einwenden und sagen, dass sei ihr gutes Recht. Keiner ist gezwungen, eine Unterschrift unter einen offenen Brief zu setzen, und das stimmt. Vielleicht haben sie auch Vorbehalte, was bestimmte Formulierung dieses doch sehr ausgewogenen Textes angeht, oder – und das ist auch die Möglichkeit – sie machen sich Sorgen, dass eine Unterschrift unter einem solchen Statement negative Konsequenzen nach sich ziehen könnte. Mir ist auch nicht bekannt, dass sich die Konfuzius-Institute in Deutschland zu diesen völlig inakzeptablen Sanktionen der Kommunistischen Partei Chinas in irgendeiner Weise kritisch öffentlich geäußert haben. Das finde ich sehr problematisch. Denn die Verteidigung der Wissenschaftsfreiheit geht uns alle an. – Vielen Dank!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Dr. Fulda! – Dann Frau Prof. Dr. Leutner, bitte schön!

Dr. Dr. h. c. Mechthild Leutner (Emerita Institut für Chinastudien FU Berlin) [zugeschaltet]: Danke für die Gelegenheit, dass ich heute sprechen kann! Ich bin auch direkt einmal als Direktorin und Vorstandsvorsitzende des Konfuzius-Instituts an der Freien Universität angesprochen worden, aber auch als Wissenschaftlerin. Ich nehme für mich auch die Freiheit von Forschung und Lehre in Anspruch, wie sie allen hier gegeben ist. In diesem Kontext möchte ich wieder ein bisschen auf die Fakten zurückkommen, weg von den Annahmen und Mutmaßungen.

Vielleicht zunächst zum Konfuzius-Institut: Das Konfuzius-Institut ist Teil der strategischen Partnerschaft mit der Peking-Universität. Das zeichnet es vielleicht gegenüber anderen Kooperationen aus. Die Freie Universität, die Humboldt-Universität und die Peking-Universität haben schon 2002 ein gemeinsames Zentrum für Deutschlandstudien an der Peking-Universität gegründet, das vom DAAD gefördert wird. Wir sind ein bisschen ein Äquivalent dazu, und tatsächlich hat es nie einen Vertrag mit dem Hanban oder mit dem Bildungsministerium gegeben. Übrigens ist das vielbeschworene Hanban keine Unterabteilung der Propagandaabteilung, sondern Teil des Bildungsministeriums, und im Bildungsministerium sind natürlich auch die Parteiglieder vertreten. Man darf das aber ein bisschen trennen.

Das Zweite ist die Organisation als ein Verein, und zwar als ein deutscher Verein. Das macht das Institut zu einem Institut nach deutschem Recht. Wir arbeiten nach deutschem Recht, und wir arbeiten unter dominant deutscher Leitung. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir hier nicht irgendwelche chinesischen Annahmewünsche, die vielleicht irgendwann im Document No. 9, das Sie eben angesprochen haben, von Xi Jinping oder wem auch immer formuliert wurden, in irgendeiner Weise direkt oder indirekt zu eigen machen würden. Wir sind ein deutsches Institut nach deutschen Gesetzen, ein Drittmittelprojekt, das für die Aktivitäten, die wir planen, entsprechende Gelder einwirbt, wo wir auch von der Peking-Universität oder auch von der Stiftung Gelder beantragen. Bisher wurden alle Projekte, die wir beantragt haben, auch bewilligt. Die gesamte Programmgestaltung geschieht bei uns. Es ist weder ein Einfluss von der deutschen noch von der chinesischen Seite zu beobachten.

Vielleicht zu dem Personal: Das Personal wurde von uns ausgewählt oder ist in Abstimmung mit der Freien Universität hierhergekommen. Die jetzige Direktorin ist eine Germanistin, die an der Freien Universität Berlin promoviert hat. Da gibt es sehr enge Beziehungen. Im Übrigen ist die Fakultät für Chinesisch als Fremdsprache eine der führenden Fakultäten in diesem Bereich in China und hat eine Fülle – jetzt kommen wir zur Frage der Lehrmaterialien – von Lehrmaterial entwickelt, die weltweit genutzt werden. Wir nutzen zum Teil diese Materialien, aber wir haben auch eigene Zusatzmaterialien entwickelt, die im Unterricht benutzt werden. Unsere Lehrer, vielleicht um das noch mal zu sagen, sind nicht nur aus China entsandte Lehrer, sondern wir haben lokale Kräfte, wir haben auch Deutsche, Chinesen, die Weiterbildungen für Chinesischlehrer machen, die auch Weiterbildungen für Dolmetscher machen. Wir sind ein ganz gemischtes Team, das versucht, die chinesische Sprache, die chinesische Kultur und die chinesische Entwicklung allgemein einem breiteren Publikum deutlich zu machen.

Diese vielbeschworene Abhängigkeit von Peking sehe ich nicht – ich will das nicht nur als Selbstzensur sagen, sondern vom praktischen Verlauf. Ich weiß nicht, ob Sie sich das vorstellen, dass irgendwo ein langer Arm der KP von Peking aus nach Berlin greift, und uns erzählt, was wir zu machen haben. Die vielbeschriebene Selbstzensur, die Sie uns unterstellen, Herr Fulda, glaube ich, ist keine korrekte Analyse der Situation. Es gibt inzwischen mehrere Ana-

lysen der Arbeit von Konfuzius-Instituten weltweit, und da werden Sie einmal die Vielseitigkeit, die Vielfalt, auch die Anpassung oder die Arbeit nach den lokalen Bedingungen sehen. Hier würde ich in Anspruch nehmen, dass wir für Berlin schauen, was das Konfuzius-Institut in Berlin macht, wie das in die allgemeine Kooperation mit China eingebunden ist.

Wir sollten auch darauf schauen, dass wir ein anspruchsvolles wissenschaftliches Programm machen, etwa wenn Sie schauen, was wir für Veranstaltungen zum deutschen Exil in Shanghai gemacht haben. Wir haben auch Veranstaltungen zu Migration gemacht, zu internationalen Beziehungen, wir haben Entwicklungen des chinesischen Films behandelt, wir haben auch Kooperationsverträge mit chinesischen Institutionen, das heißt, wir zeigen neue chinesische Filme und dort in China – das muss man vielleicht auch sehen – können dann neue deutsche Filme, Arthouse-Filme gezeigt werden. Das ist auch immer wieder eine doppelte Seite der Kooperation. Es ist etwas reziprok, was wir hier beobachten können.

Denn die Leitidee ist keineswegs – wie Sie sagen – die Verbreitung von Propaganda, sondern die Leitidee ist Dialog und Austausch mit chinesischen und internationalen Partnern. Wir haben sehr viele Kollegen auch international, die unsere Workshops besuchen oder an ihnen teilnehmen. Wir haben Vortragende, im Dezember etwa einen Kollegen von der Harvard-Universität, der über die Wissenschaftsentwicklung in China im Vergleich zu Deutschland gesprochen hat. Wir versuchen, einen breiten Dialog und einen Austausch mit chinesischen und internationalen Partnern zu organisieren. Fachlich fundiert und von ausgewiesenen Wissenschaftlern. Alle Veranstaltungen sind öffentlich und viele Beiträge etwa der Workshops sind auch veröffentlicht worden. Das heißt, alles ist öffentlich zugänglich und sehr transparent, um noch einmal auf diese Forderung zurückzukommen.

Was, glaube ich, wichtig ist, ist das, worauf Frau Vizepräsidentin schon hingewiesen hat: Die Konfuzius-Institute, insbesondere das Konfuzius-Institut an der FU, sind ein integraler Bestandteil unserer wissenschaftlicher Kooperation mit China. Die Institute sind tatsächlich nicht äquivalent zum Goethe-Institut, wie Herr Brandenburg meinte, sondern äquivalent zu dem vom Goethe-Institut Peking in China etablierten Sprachlernzentren. Es gibt etwa 13 Sprachlernzentren an chinesischen Universitäten, die genauso funktionieren und genauso organisiert sind, wie die Konfuzius-Institute hier. Das heißt, sie stehen unter chinesisch-deutscher Leitung und die deutsche Seite finanziert. Das ist ganz wichtig. Diese Plattform, die wir für eine fundierte Diskussion über China und mit Chinesen bieten, ist meiner Meinung nach ganz wichtig. Eine Abkopplung, wie sie gefordert wurde, ist, glaube ich, aus der großen Bedeutung, die China heute auch im Wissenschaftsbereich einnimmt, und auch aus politischen und wirtschaftlichen Gründen sicherlich nicht anstrebbbar. Im Interesse der Stärkung einer China-Expertise in Deutschland – das ist etwas, was immer wieder gefordert wird, was wir sehr unterstützen –, aber auch im Interesse der Förderung der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit. Wir haben in Deutschland inzwischen 1 400 Hochschulkooperationen mit China, und zwar mit mehr als 390 Universitäten dort. Alle sind nach diesem Prinzip der Gleichrangigkeit und der Reziprozität gebaut. Das, denke ich, ist wichtig, das ist auch wichtig, nach dem hier das Konfuzius-Institut an der Freien Universität strukturiert und organisiert ist.

Vielleicht noch einen kleinen Schlenker zum Schluss: Sie wissen vielleicht auch, dass die USA, die in den letzten Jahren unter Trump viele der Wissenschaftskooperationen auf Eis gelegt haben, jetzt dabei sind, mit neuen Programmen, die aufgelegt worden sind, ab April

durch die Botschaft in Peking neue chinesisch-amerikanische Wissenschaftskooperationen in Gang zu bringen und dass es auch in den USA starke Stimmen gibt, die Politik gegenüber den Konfuzius-Instituten wieder zu ändern. Das heißt, wir sollte erst gar nicht den Schritt gehen, den die USA jetzt versuchen, wieder zurückzunehmen. Das erst einmal für jetzt! – Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Frau Prof. Dr. Leutner! – Dann kommen wir jetzt zur Aussprache und zu den Fragen an die Anzuhörenden und an den Senat. – Zunächst Herr Förster, bitte!

Stefan Förster (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Anzuhörenden für Ihre spannenden und interessanten Sichtweisen auf das Thema! Ich nehme erst einmal mit – und da möge man mir widersprechen –, dass das etwas Singuläres ist, dass der chinesische Staat in Deutschland und anderswo diese Stiftungsprofessuren fördert und dass es bisher keine vergleichbaren Aktivitäten anderer Staaten gibt. Das stelle auch mal als Frage in den Raum, ob davon etwas bekannt ist oder ob das speziell auf China bezogen ist, weil das auch eine Diskussion ist, ob es da vergleichbare Fälle gibt. Ich habe den bisherigen Vorträgen entnommen, dass es da keine vergleichbaren Fälle gibt, aber das würde ich an die Anzuhörenden geben, ob Sie da andere Kenntnisse haben, dass auch andere Staaten, andere Nationen versuchen, Einfluss zu nehmen.

Für mich wäre auch die Frage interessant – die kann auch Herr Dr. Brandenburg vielleicht beantworten, aber andere auch –, wie das Thema im Ausland selbst gesehen wird. Wird das in anderen Ländern, in denen auch Konfuzius-Institute aktiv sind, genauso kritisch diskutiert wie hier in Deutschland? Gibt es da auch ähnliche Überlegungen, die Finanzierung auf eine andere Basis zu stellen und Kooperationen zu beenden? Ist das dort auch Thema oder ist das mehr oder weniger eine Diskussion, die nur wir hier in Deutschland führen.

Interessant ist auch die Frage – auch da kann Jens Brandenburg etwas dazu sagen – nach Alternativen und wie man die auf eine andere Basis stellen könne. Es leuchtet mir nicht ganz ein, dass man zur Vermittlung von China-Kompetenz, der chinesischen Sprache unbedingt auch den chinesischen Staat braucht. Es muss doch andere Möglichkeiten geben, die entsprechende Sprachkompetenz zu vermitteln. Ich sage mal, es gibt in Deutschland auch eine große und gute wissenschaftliche Tradition, z. B. die japanische Sprache zu vermitteln. Es gibt auch entsprechende Institute und in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, eine große japanische Community. Mir ist nicht bekannt, dass Tokio auch nur ansatzweise versuchen würde, in Deutschland politischen Einfluss zu nehmen bzw. solche Institutionen einzurichten. Man sieht auch, dass Sprachkompetenz und Asien ein wichtiger Markt, ein Wirtschaftsmarkt ist. Es wird insgesamt auch bevölkerungsmäßig immer wichtiger, sodass das Thema durchaus anders aufgegriffen werden kann.

Dann hatte Frau Prof. Blechinger-Talcott darauf verwiesen, dass China immer mehr auf dem Weg zur führenden Wissenschaftsnation ist. Ich möchte an Sie die Frage stellen, ob Wissenschaft nicht gerade von Austausch, von Akzeptanz anderer Meinungen, von Forschungsfreiheit lebt. Wenn man diesen Anspruch erhebt, muss man diese Grundlagen auch garantieren. Insofern ist die Frage: Wenn sich der chinesische Staat anschickt, die führende Wissenschaftsnation zu werden, welche Vorstellungen haben Sie, wie dann noch diese Grundrechte von Wissenschaft und Forschung gewährleistet werden können?

Sie hatten noch darauf verwiesen, dass diese Stiftungsprofessur, wenn sie nicht gestiftet wäre, von der FU zu tragen wäre. Wir haben gehört, es geht um 500 000 Euro für fünf Jahre, also 100 000 Euro pro Jahr. Wenn man mal die Hochschulverträge mit ihrem Milliardenvolumen nimmt, dann ist keine große Summe. Warum sind Sie der Meinung, dass die Freie Universität das nicht selbst aus ihrem normalen Haushalt stemmen und einen eigenen Lehrstuhl einrichten kann, wogegen nichts spräche? Es geht hier ausdrücklich um die Frage der Kooperation mit dem chinesischen Staat und nicht darum, dass an der Freien Universität China-Kompetenz vermittelt wird. Worauf gründet sich Ihre Annahme, dass die FU nicht in der Lage wäre, 100 000 Euro pro Jahr in diese Aktivitäten zu stecken?

Ich würde auch die Frage stellen – Sie hatten auch das Thema Vereine angesprochen –: Ist es nicht so, dass gerade auch die Hilfskonstruktion über Vereine letzten Endes nur ein Umweg ist, um Einfluss zu nehmen? Wir kennen das auch von anderen Vereinen, auch Moschee-Vereine sind in weiten Teilen hochpolitische Organisationen. Gerade im radikalen Milieu sind das keine unpolitischen Organisationen. Zu sagen, dass Konstrukt laufe über Vereine, ist für mich ein Stück weit Augenwischerei, denn die Vereine üben erheblichen politischen Einfluss aus. Wie gesagt, wir kennen das in anderen Bereichen.

Dann würde ich Sie, Frau Blechinger-Talcott, zum Schluss auch fragen: Gibt es denn bei Ihnen in irgendeiner Form auch kritische Debatten zur chinesischen Politik? Hat das irgendwie mal stattgefunden? Sie haben gesagt, dass Sie sich der Wissenschaft verpflichtet fühlen. Dazu würde auch gehören, dass man die chinesische Politik auch entsprechend kritisch debattiert. Da ist mir zumindest – an der FU jedenfalls – am Konfuzius-Institut bzw. an dem Lehrstuhl nichts bekannt. Sie haben zudem erwähnt, dass über 30 chinesische Doktorandinnen und Doktoranten regelmäßig an der FU zu Gast seien – wie werden die denn ausgewählt? Das werden wahrscheinlich keine Dissidenten sein, sondern diejenigen, die Stipendien bekommen, werden schon entsprechend systemnah sein. Wie werden die ausgewählt, und welche Voraussetzungen müssen die erfüllen – Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei Chinas oder wie auch immer –? Ich kann mir nicht vorstellen, dass der chinesische Staat Dissidenten und Regimekritiker nach Deutschland schickt, um hier in den Instituten ausgebildet zu werden.

Herr Besendorf! Danke für Ihren Vortrag aus Sicht des AStA. Sie haben es schön auf den Punkt gebracht, dass es am Ende darum geht, nicht kritisch-politisch einzuordnen, sondern eher die schöne Natur gezeigt wird und dort nicht die kritischen Worte zu den Menschenrechten zur Debatte stehen. Vielleicht können Sie auch etwas aus Sicht des studentischen Alltags sagen, was Sie da an entsprechenden Informationen über die Dinge haben, die dort vermittelt werden. Sie sind vermutlich derjenige, der zumindest am ehesten den Kontakt zu den Studierenden hat und auch am dichtesten dran ist.

Die Frage ist auch, was man beim Thema Aufklärung/Transparenz machen kann. Haben Sie, Herr Besendorf, noch Erwartungen an die Politik? Das Informationsfreiheitsgesetz und die schwierige Handhabung haben Sie benannt, das finde ich auch problematisch, was Sie dargestellt haben. Das muss man, glaube ich, auch noch mal angehen. Da muss sich der Senat auch die Frage gefallen lassen, warum beim Transparenzgesetz weiterhin geplant wird, die Hochschulen auszunehmen? Man kann unter Verweis auf die Hochschulautonomie die Transparenz nicht einfach so über Bord werfen. Ich denke, ähnliche Regelungen, wie wir sie beim Informationsfreiheitsgesetz haben, sollte man hier auch aufnehmen. Denn wir haben von Herrn

Besendorf gehört, dass es ein abendfüllendes Programm ist, überhaupt an die Informationen zu kommen, die auch nur mäßig bereitgestellt bzw. auch rechtliche Hürden aufgetürmt werden, um an diese Informationen zu kommen. Das ist aus meiner Sicht so nicht akzeptabel, und da muss bei solchen Dingen, die die FU betreffen, Transparenz herrschen, und die Verträge müssen offengelegt werden.

Herr Dr. Fulda! Sie hatten darauf hingewiesen, dass die Verträge nicht öffentlich sind und dass weitgehend versucht wird, öffentliche Kritik zu vermeiden. Vielleicht können Sie aus Ihrer Sicht schildern, wie Sie das ganze Thema auf eine geordnete Bahn lenken wollen, was Sie sich vorstellen, wie man das in Zukunft gestalten kann, wie man die Kooperationen beenden oder in andere Bahnen lenken kann. Das ist, glaube ich, etwas, was Sie als Maxime erhoben haben, dass man sich von diesem bisherigen Modell trennen muss, weil das aus Ihrer Sicht nicht akzeptabel ist. Sie hatten auch den Brief an die 200 Bundestagsabgeordneten angesprochen. Vielleicht können Sie noch mal sagen, welche Resonanz Sie darauf bekommen haben. Herr Brandenburg kann sagen, wie weit das im Bundestag Thema war, ob das aufgegriffen wurde, ob es eine entsprechende Beantwortung gab.

Zum Schluss, Frau Prof. Leutner, dass das Hanban sagt, es sei nur Teil des Bildungsministeriums: Das Bildungsministerium ist in einem zentral gelenkten Staat wie China, in einer Diktatur – das darf man auch so klar benennen –, unmittelbar auch ein Akteur des Repressionsapparates. Wir wissen auch, wie das Ministerium für Volksbildung mit Margot Honecker gewirkt hat, das war auch keine unabhängige Institution, die die Wissenschafts- und Lehrfreiheit geschützt hat, also entschuldigen Sie, dass ich diesen Vergleich ziemlich absurd finde. Ich würde gerne noch mal fragen, weil Sie auch in der Anhörung im Deutschen Bundestag, das kann man der „Welt“ vom 21. November 2020 entnehmen, gesagt haben, dass die chinesischen Internierungslager berufliche Ausbildungszentren seien, die auch als Deradikalisierungszentren genutzt würden. Ich finde das schon ziemlich dreist, dass eine Minderheit, die in China systematisch verfolgt wird, wo Menschenrechtsverletzungen begangen werden, von Ihnen so dargestellt werden, als müssten die umerzogen und neu ausgebildet werden. Vielleicht können Sie dazu etwas sagen. Sie machen sich eins zu eins die Argumentation des chinesischen Staates gemein. Hinterher gab es Jubelpressemitteilungen auch der chinesischen Botschaft. Hier sieht man schon, wie das gesteuert ist. Ich denke, gerade bei einer Wissenschaftlerin kann man erwarten, dass sie sich davon klar distanziert. – Vielen Dank!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Förster! – Frau Plonske, bitte!

Eva Marie Plonske (GRÜNE): Herzlichen Dank auch von mir und meiner Fraktion an die Anzuhörenden! Was ich gerade mitgenommen habe und was, glaube ich, auch eine Selbstverständlichkeit für uns ist, ist, dass die Freiheit und Forschung in Deutschland und auch explizit ein ganz, ganz hohes Gut ist, auch die Solidarität mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die eine solche Freiheit nicht haben und gegebenenfalls auch unter Verfolgung leiden. Das habe ich wahrgenommen, dass das bei allen Anzuhörenden auch der Fall ist.

Wo die Meinungen durchaus auseinandergehen, ist die Frage, ob es eine implizite oder explizite Möglichkeit der Einflussnahme und auch Einschränkungen dieser Freiheit durch in dem Fall China oder, wenn es um uns geht, auch bei Kooperationen mit Dritten geht. Wir diskutieren hier sehr viel über die Konfuzius-Institute, aber uns als Koalition geht es auch ganz generell um die Frage, wie wir zu transparenten Kooperationen mit Dritten kommen, damit diese

Freiheit bewährt und bewahrt wird. Daher ist meine Frage, wie explizit oder implizit bewerten Sie diese Möglichkeit dieser Einflussnahme bei z. B. dem geänderten Vertrag. Meine spezielle Frage an den Senat ist: Wie wird die Möglichkeit der expliziten oder impliziten Einflussnahme an diesem Institut gewertet, und was müsste man an weiteren Schritten unternehmen, um eine Einflussnahme zu verhindern?

Daran schließt sich die grundsätzliche Frage an: Wie finanzieren wir solche Kooperationen? Ich meine, einige schlagen vor, dass es eine Bürgschaft vom Bund, vom Land geben müsse. Die FU hat selbst erklärt, sollten die Gelder wegfallen, dass das aus dem Globalhaushalt finanziert wird. Wie muss man Konstruktionen von Kooperationen aufsetzen, damit dieser Hebel nicht mehr da ist? Was wäre dazu Ihre Einschätzung?

Dann noch mal grundsätzlich: Es wurde insbesondere von den Studierendenvertretern auch im Vorfeld, währenddessen und im Nachgang kritisiert, dass diese Kooperation zustande kam und es generell bei Kooperationsverträgen mit Dritten keine ausreichende Transparenz gibt. Daher an diesem Punkt – ich nehme die Kritik sehr ernst –: Wie sollte solch eine Kooperation, die an und für sich ein großer Wert ist, zustande kommen, sodass mindestens die Angehörigen der Hochschulen, aber auch die Öffentlichkeit mitgenommen wird und es transparent stattfindet? Was fehlt an dem Punkt, und wie sollte man diesen Punkt weiterentwickeln? Machen wir uns nichts vor, wir haben viele Kooperationen, und das ist wünschenswert, aber die Frage ist, wie man das Verfahren besser gestalten kann. Ja, wir haben da auch noch die Berliner Hochschulgesetznovelle im Hintergrund, die demnächst im Senat ist. Die Frage ist grundsätzlich, wer zu welchem Zeitpunkt wie welche Informationen bekommen soll und mitwirken kann. Wo sind die Kritikpunkte des Verfahrens oder die Vorschläge zur Verbesserung des Verfahrens? Und vielleicht naiv die Frage gestellt, was konkret dagegen spricht, solche Verträge zu veröffentlichen.

Das Thema Forschungsfreiheit – das hat Herr Förster schon wunderbar angesprochen –, das werde ich gar nicht weiter aufgreifen, ich schließe mich aber den Fragen an –, auch der Frage der Auswahl von den Personen, die aus China zu uns kommen. Das ist auch eine Frage, weil es insbesondere uns in Deutschland darum geht, den breiten Zugang und den hürdenfreien Zugang gerade von benachteiligten Gruppen zu Wissenschaft und Forschung sicherzustellen. Das ist dann auch eine ganz essenzielle Frage. Sie hatten es vorhin auch angesprochen: Wenn von uns Leute rübergehen, die eine andere Wissenschaftskultur gewöhnt sind, auch dafür stehen und auch als Botschafterin und Botschafter für eine andere Wissenschaftskultur stehen: Wie werden die in China begleitet und unterstützt, wenn man dort z. B. auch mal aneckt?

Die Frage nach den Lehrmaterialien – das war eine der Stichpunkte, die ich mir aufgeschrieben habe –: Dazu hätte ich gerne noch mal mehr Hintergrundinformationen, wie das tatsächlich gehandhabt wird, welche Lehrmaterialien bereitgestellt werden. Wie wird auf Interessen der Studierenden oder auch Themenwünschen der Studierenden in den Seminaren eingegangen? – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Frau Plonske! – Jetzt Herr Schulze, bitte!

Tobias Schulze (LINKE): Danke schön! – Da kann ich mich an vielen Punkten anschließen. Vielleicht eine kurze Vorbemerkung von unserer Seite: Wir haben in den vergangenen Jahren versucht, Berlin als Wissenschaftsstadt zu etablieren, wo die Wissenschaftsfreiheit eine be-

sondere Rolle, und zwar eine besonders herausgehobene Rolle einnimmt. Wir haben beispielsweise ein Förderprogramm eingerichtet, wo Menschen, die Wissenschaft betreiben und in ihren Ländern, aus denen sie kommen, wo sie ausgebildet wurden, keine freie Wissenschaft mehr betreiben können, in Berlin Zuflucht finden und hier weiter wissenschaftlich tätig sein können – bei der Einstein-Stiftung beispielsweise. Das ist ein sehr erfolgreiches und stark nachgefragtes Programm. Ich will auch betonen, dass es dabei explizit um verschiedene Länder weltweit geht, in denen die Wissenschaftsfreiheit bedroht ist. Wir haben eine hohe Nachfrage aus der Türkei, wir hatten sogar Nachfragen aus den USA, wir haben Nachfragen aus vielen Ländern, wo es derzeit schwierig ist, unter politischen Bedingungen wissenschaftlich tätig zu sein, gerade mit einem kritischen Blickwinkel. Insofern ist die Frage, wie die Wissenschaftsfreiheit in Berlin gewährleistet ist, für uns keine triviale Frage und kein Nebenaspekt, sondern eine ganz zentrale. Es ist klar, dass die Wissenschaftstradition in unterschiedlichen Ländern unterschiedlich aussieht, dass Hochschulen und Forschungseinrichtungen in vielen Ländern viel utilitaristischer gesehen werden als möglicherweise hier. Das mag ich gar nicht bewerten, das muss man einfach feststellen. Festzustellen bleibt aber auch: Für uns ist die Frage Freiheit der Wissenschaft eine ganz zentrale für unsere Stadt, auch nach den Erfahrungen, die wir hier in der Vergangenheit gemacht haben.

Deswegen vielleicht zur zweiten Vorbemerkung: Da ist die Frage, wie transparent man mit Kooperationen umgeht. Die hängt unmittelbar mit der Wissenschaftsfreiheit zusammen. Eine Einrichtung kann sich nur dann selber verständigen, welche Kooperation sie eingehen möchte, wenn die Mitglieder dieser Forschungseinrichtung oder der Hochschule überhaupt darüber Bescheid wissen, was dort verhandelt wird, was in den Verträgen steht und ob sie als Wissenschaftscommunity und Gemeinschaft diesen Vertrag eingehen möchte. Das war bisher – das haben wir gehört – nicht der Fall. Das gilt nicht nur für die Verträge zu den Konfuzius-Instituten, sondern das gilt für viele Kooperationsverträge, die in der Regel nur von wenigen ausgehandelt werden, und in der Regel auch der Geheimhaltung unterliegen. Ich glaube, an dieses Prinzip müssen wir ran, das will ich auch für unsere Partei ganz klar sagen. Das gilt nicht nur für Verträge mit in diesem Fall ausländischen Organisationen, sondern das gilt auch für Verträge mit Wirtschaftsunternehmen, wo ein Selbstaushandlungsprozess überhaupt erst einmal ermöglicht werden muss. Deswegen – das sage ich hier auch – werden wir beim Hochschulgesetz und beim Transparenzgesetz darauf drängen, dass die Wissenschaft und die Hochschulen nicht aus Transparenzpflichten entlassen werden und dass die Frage- und Ausukunftsmöglichkeiten mindestens so erhalten bleiben, wie sie bisher sind. Nach meiner Lesart sollten sie noch deutlich ausgeweitet werden, z. B. indem solche Kooperationsverträge grundsätzlich öffentlich zu sein haben. Das als Vorbemerkung.

Die Frage, wer in den Gremien beteiligt ist, hätte ich auch gestellt, vielleicht kann die beantwortet werden. Wie werden derzeit solche Kooperationen eingetütet, vorverhandelt, und wer ist dann bei der Unterzeichnung und Verabschiedung beteiligt? Wir haben die Vertreterin der FU hier, die Vizepräsidentin, und insofern ist das ihre Sicht der Dinge – wir haben mehr Hochschulen in Berlin –, aber vielleicht können Sie dazu etwas sagen.

Dann haben wir gerade heute – wer den „Tagesspiegel“ verfolgt hat – gelesen, dass eine Juniorprofessorin der FU, Frau Prof. Meyer-Clement, anerkannte China-Expertin, weggeht, weil ihr keine unbefristete Professur angeboten wurde – überhaupt keine Perspektive angeboten werden konnte, nur eine weitere Befristung. Da sieht man, wie unsere Personalstruktur an unseren Universitäten dem Halten von guten, jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaft-

lern entgegensteht. Das sollten wir für die nächsten Debatten mitnehmen, aber ich wollte dazu die FU fragen – wir hatten die Forderung nach eigener China-Expertise gerade in der Anhörung gehört –: Wie passt das denn zusammen, wenn Sie einerseits solche Leute gehen lassen und andererseits die von China finanzierten Institute weiter betreiben wollen? Da wäre eine Aussage sehr interessant.

Dann würde mich die Frage interessieren – auch an Prof. Leutner – wie es eigentlich mit der Mitwirkung der Studierenden und Lehrenden am Konfuzius-Institut bestellt ist. Sie haben ausgeführt, dass es sich um einen Verein handelt, der insbesondere im Bereich des Sprachenlernens, aber auch im Bereich der erweiterten kulturellen Veranstaltungen tätig ist. Gibt es die Möglichkeit, z. B. dort die Qualität der Lehrveranstaltungen festzustellen, so wie das an anderen Instituten auch üblich ist, beispielsweise bei Evaluierungen oder über Mitbestimmungen von Studierenden? Wie ist denn die Organisation der Lehre, die Sie dort betreiben, aufgestellt? Die zweite Frage wäre, ob es gemeinsame Veröffentlichungen des Konfuzius-Instituts mit der Freien Universität gab oder hat sich das Konfuzius-Institut ausschließlich mit Sprachen und kulturellen Austausch beschäftigt.

Ich möchte noch einen letzten Punkt ansprechen, nämlich die Frage, dass wir ein Problem mit ausländischen Studierenden haben. Das sollten wir an dieser Stelle auch ernst nehmen – es geht dabei nicht nur um China, aber auch um China –, dass wir die Austauschprogramme, die organisiert werden, auch kritisch in den Blick nehmen, dass Studierende, die zum Teil dann hier die Möglichkeit haben, oppositionell zu arbeiten bis hierhin auch Angst haben müssen, von den Stellen, von denen sie entsandt worden sind, gemäßregelt zu werden, möglicherweise zurückgeholt zu werden und Ähnliches. Wir sollten uns auch die Bedingungen, unter denen Studierendenaustausche stattfinden noch mal genau anschauen – das gilt, wie gesagt, nicht nur für China, sondern auch für andere Länder – und sollten schauen, dass Studierende, die hierherkommen, ohne Angst hierherkommen können und ohne Angst auch studieren können. Das wäre, glaube ich, eine Voraussetzung, damit sie auch die Wissenschaftsfreiheit, wie wir sie zu schätzen wissen, überhaupt lernen können und dass wir keine verlängerten Arme von irgendwem an unseren Hochschulen oder auch mit Einfluss und Kontrolle auf die Studierenden haben.

Allerletzte Bemerkung: Ich finde, wir müssen an ein paar Stellen ein bisschen aufpassen, dass uns das Verhältnis zu China nicht ein bisschen auseinanderrutscht. Wir haben einerseits einen riesigen Interesse auch der deutschen Wirtschaftsakteure am Austausch mit China, und wir haben beispielsweise die Debatte um politische Besuche der Kanzlerin immer wieder erlebt, wie sie mit der Menschenrechtsfrage dort umgeht, andererseits mit riesigen Wirtschaftsdelegationen hinfährt, die dort Verträge abschließen und wir im Wirtschaftsbereich bisher eine große Kooperation haben. Ich finde, das muss man sich klarmachen: Es geht nur eins. Entweder man möchte den ganz engen Austausch, die große Wirtschaftskooperation, dorthin exportieren usw., oder man nimmt China als politischen Akteur auch ernst und sagt, dass uns die Menschenrechtslage, die politische Lage dort wichtig sei, nehmen darauf Einfluss und lassen auch keine kritischen Dinge zu, so wie wir es hier im Wissenschaftsbereich gerade diskutieren, dass dort, wo Chinas Einfluss zu groß wird, wir auch ein Stoppschild setzen wollen. So ist es diskutiert worden. Ich finde aber, beides geht nicht. Einerseits im Wirtschaftsbereich alles durchgehen lassen – ist uns egal, Hauptsache, wir kooperieren weiter –, aber im Wissenschaftsbereich zu sagen: Nein, das geht alles nicht. – Ich finde, da kommt ein falscher Zungenschlag rein, und das ist gar nicht so sehr an die Wissenschaft gerichtet, sondern eher an die Politik, dass man sich dort überlegt, wie eine konsistente Linie aussieht. – Danke schön!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Schulze! – Frau Dr. Czyborra, bitte!

Dr. Ina Maria Czyborra (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Wir sind hier nicht im Auswärtigen Ausschuss, sondern im Berliner Abgeordnetenhaus. Deswegen versuche ich, mich auf diese Fragen ein bisschen zu konzentrieren. Ja, ich glaube fest, dass wir hier in dieser Stadt, in diesem Land ein Höchstmaß an Wissenschaftsfreiheit garantieren können. Nicht immer erfüllen wir selbst alle unsere Ansprüche an Wissenschaftsfreiheit, auch da gibt es manchmal Übergriffigkeiten, und manchmal habe ich den Eindruck – das sagte mir auch kürzlich ein hochrangiger Wissenschaftler dieser Stadt –, dass die Wissenschaftsfreiheit durch eine gewisse Verengung, z. B. bei Berufungen oder bei sehr einseitiger Ausrichtung der einen oder anderen Disziplin, von innen fast am meisten bedroht ist. Wir reden des Öfteren über Cancel Culture und insofern – gerade von der FDP wird das häufiger kritisiert – wundert es mich, wenn gleich wieder gesagt wird, was Anzuhörende, die hier an der Anhörung teilnehmen, an Ansichten vertreten dürfen und was nicht. Da möchte ich sagen, da ist die Wissenschaftsfreiheit auch zu respektieren.

Was mich auch wundert, ist die Forderung, staatliche Zuschüsse zu streichen. Vielleicht ganz kurz ausgeholt: Ich selbst habe in den Achtzigerjahren an einem Institut studiert, das seinen Forschungsschwerpunkt in Südosteuropa hatte – achtziger Jahre, Ungarn, Rumänien, damaliges Jugoslawien, alles nicht einfach. Selbstverständlich haben wir in dem engen Austausch, den wir hatten, glaube ich, auf dieser wissenschaftlichen Ebene auch mit zum Wandel beigetragen. Ich will das nicht überhöhen, aber Wandel durch Annäherung war damals in der Wissenschaft eine wichtige Maxime. Natürlich unterliegt man bestimmten Restriktionen, wenn man in anderen Ländern forschen möchte, Forschungsgenehmigungen braucht, Austausch generieren möchte, und muss das immer mit einem gewissen Fingerspitzengefühl betreiben.

Ich glaube nur nicht, dass ein paar Hunderttausend Euro aus China in Berlin die Wissenschaftsfreiheit gefährden oder die FU umkrepeln können. Insofern ist es auch immer gut zu wissen, dass wir das im Zweifelsfall auch kompensieren können, wenn man sagt, wir können dieses Geld nicht mehr annehmen oder abrufen. Das wäre aber genau der andere Schritt, zu

sagen, wir wollen, dass wir in solchen Kooperationen eben eine starke öffentliche Finanzierung mit dabei haben, damit die Abhängigkeit nicht zu groß wird. Insofern: Die staatlichen Zuschüsse streichen halte ich für genau den falschen Weg. Vielleicht kann darauf noch mal eingegangen werden.

Wie gesagt, ich glaube, dass die Demokratie in Deutschland und die Wissenschaftsfreiheit z. B. an der FU stark genug ist, um mit diesen Konflikten umzugehen und frage mich, was die Alternative sei, von denen, die hier gegen diese Form der Kooperation sind. Es kann doch nicht die Abschottung sein, es kann doch nicht der Abbruch der wissenschaftlichen Beziehungen sein, der Abbruch von Austausch. Wir wissen, dass die jungen Menschen, die hierherkommen, um hier zu studieren, die ins Heimatland zurückwollen, bestimmten Zwängen unterliegen. Insofern ist es auch wichtig, dass wir diese Programme ins Leben gerufen haben, für Wissenschaft in Not, für Menschen, die in den Heimatländern unter Druck geraten – Herr Schulze hat es genannt. Das war damals unter dem Eindruck des Putsches in der Türkei, dass wir in der SPD darüber gesprochen haben, dass wir hier etwas tun müssen, wir müssen Angebote machen können, damit Menschen, die z. B. hier sind oder die Beziehungen nach Deutschland haben, hier erst einmal ein Überleben, eine Brücke haben. Das ist ein wesentlicher Beitrag auch zur Wissenschaftsfreiheit auf der ganzen Welt.

Ich wollte noch mal zum Chinesischunterricht und zu den Lehrkräften kommen: Aus bildungspolitischer Sicht ist es unser Ziel, möglichst muttersprachlichen Unterricht in öffentlicher Verantwortung zu haben, weg vom Konsularunterricht, weil gerade der Konsularunterricht, also das, was hinter den Türen der Konsulate an Sprachunterricht für muttersprachliche Kinder passiert, manchmal doch problematisch ist. Deswegen wollen wir die Angebote gerne in öffentlicher Hand haben, deswegen müssen wir in Deutschland nach bestimmten Standards ausbilden. Auch dort scheint es mir äußerst kontraproduktiv zu sein, wenn wir sagen, dass wir so etwas wie Konfuzius-Institute mit den breiten Angeboten an Sprachunterricht nicht mehr wollen.

Die Transparenz: Ich denke auch, dass für die Demokratie die Transparenz über alle Vorgänge die Grundlage ist, um dann mit den Konflikten umzugehen. Wir müssen wissen, was in den Verträgen steht, um im Zweifelsfall politisch oder hochschulpolitisch Entscheidungen treffen zu können. Auf der anderen Seite bedingt das auch, dass mit diesen Konflikten, die da sind, weil wir uns die Welt nicht hundertprozentig demokratisch, transparent und wissenschaftsfrei wünschen können, sondern wir müssen mit den Realitäten umgehen. Das heißt, wenn ich die Verträge habe und ich die offenlege, muss klar sein, dass eine Hochschulöffentlichkeit im Sinne dieser Kooperation darüber diskutiert. Da ist immer die große Gefahr der Verhetzung solcher Kooperationen. Auch da müssen wir als Demokratie stark genug sein, um dann mit den Konflikten umzugehen. Diesen freiheitlichen Ansatz erwarte ich gerade von einer Partei mit dem geschätzten Kollegen Förster. Wir hatten schon häufiger die Diskussion bei dem Thema, wie man diese Gratwanderung schafft, die Kooperationen, die wichtig und notwendig ist, unter transparenten demokratischen Bedingungen zu erhalten. Ich habe den Eindruck, dass die FU auf einem ganz guten Weg ist, dass anfängliche Fehler in den Verträgen beseitigt wurden. Das hatte Frau Blechinger-Talcott ausgeführt und würde mir wünschen, dass wir hier den einen oder anderen Hinweis bekommen, was wir als Parlament machen können, um die Kooperation positiv zu stärken, statt zu fordern, den Dialog abzubrechen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Frau Dr. Czyborra! – Herr Buchholz, bitte!

Christian Buchholz (AfD): Recht schönen Dank an die Anzuhörenden! Die Konfuzius-Institute fallen – das wird auch in einem Film, den es darüber gibt, dargestellt – durch unheimliche Subtilität auf. Die versuchen gerade nicht aufzufallen. Die Frage, die sich daraus ergibt, ist, wenn wir diese Übung nicht machen, nicht so genau hinschauen und die sich frei entfalten lassen würden: Was würde dann passieren? In welche Richtung würde der Einfluss gehen? Wohin würden die sich entwickeln?

Zweite Frage: Ist es möglich, dass auch versucht wird, ein Netzwerk zu schaffen und auszubilden – egal, wofür man das braucht –, vielleicht auch in Richtung Wirtschaft, in Richtung von zukünftigen Übernahmen von deutschen und europäischen Unternehmen durch chinesischen Unternehmen zu 100 Prozent, bei gleichzeitigem Erhalt der Situation, dass in China Ausländer nur zu 49 Prozent an den Unternehmen beteiligt werden dürfen?

Dritte Frage: Es wurde gesagt, dass die drei T ausgeklammert werden, aber es gibt ein noch viel größeres Thema, dass durch einen entsprechend verharmlosenden, verniedlichenden Umgang hier in Berlin gar nicht so richtig bekannt, das ist das Thema der „Große Sprung nach vorn“. In der Katastrophe Kommunismus war das noch mal eine Katastrophe in der Katastrophe. Wie wird der Große Sprung nach vorn, der eigentlich das ganz große Thema in der jüngeren chinesischen Geschichte ist, von den Konfuzius-Instituten dargestellt?

Letzte Frage: Es wurde gesagt, es gibt 19 Konfuzius-Institute hier, aber wir haben nur ein Goethe-Institut in China. Was ist der Hauptgrund dafür, dass wir nicht auch 19 Goethe-Institute in China haben? Liegt das bei uns vielleicht am Geld, dass wir gar nicht ernsthaft versucht haben, die Goethe-Institute aufzubauen, oder gibt es nachweisbar tatsächliche konkrete Behinderung der Gründung von Goethe-Instituten seitens der Chinesen?

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Buchholz! – Herr Grasse, bitte!

Adrian Grasse (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Anzuhörenden, für die interessanten Ausführungen! Eine kurze Vorbemerkung meinerseits zum Kollegen Schulze, der einen falschen Zungenschlag kritisierte, dass in der Wirtschaft quasi alles durchgewinkt wird und wir in der Wissenschaft übertrieben kritisch sind. Das stimmt, das China-Geschäft boomt derzeit sehr stark und sorgt für volle Auftragsbücher in der Industrie, keine Frage, aber das heißt doch nicht, dass wir deshalb im Wissenschaftsbereich unkritisch werden. Freiheit und Lehre brauchen Schutz – mehr denn je. Ich habe übrigens auch nicht den Eindruck, dass uns im wissenschaftlichen Bereich, hier in der Ausschusssitzung heute, irgendetwas weggerutscht ist, wie Sie gesagt haben.

Ich habe einige Fragen an den Senat und an die Anzuhörenden: eingangs die Frage zum Stiftungsvertrag, die Frage an den Staatssekretär Krach, der im Ausschuss von mindestens drei Punkten sprach, die nachverhandelt werden müssen. Wurden diese drei Punkte entsprechend angepasst? Wie sehen die Änderungen aus? Wie haben sich die Vertragsverhandlungen gestaltet, und wie hat der Vertragspartner die Änderungswünsche aufgenommen?

An die FU gerichtet, was diesen Fragekomplex angeht, dass der unterschriebene Vertrag nicht den Standards entspräche, wie der Staatssekretär Krach ausgeführt hat, die man sonst für Stif-

tungsprofessuren hat: Was hat eigentlich die FU dazu bewogen, von diesen Standards abzuweichen und den Vertrag dennoch zu unterschreiben? Gibt es an der Freien Universität oder in anderen Berliner Hochschulen weitere Professuren, die von ausländischen Staaten finanziert werden? Gibt es entsprechende Angebote?

Zum Konfuzius-Institut die Frage, ob am Konfuzius-Institut in Berlin auch Dissidenten oder Kritiker der Politik der Kommunistischen Partei der Volksrepublik Chinas als Referenten eingeladen und gehört werden? In wessen Entscheidung liegt das eigentlich? Gibt es Vorgaben zur Auseinandersetzung mit kritischen Themen? Ist es zutreffend, dass Hanban ein Monitoring der Lehrmaterialien durchführt? Wie verlief das Besetzungsverfahren der Professur Didaktik des Chinesischen sowie Sprache und Literatur Chinas am Ostasiatischen Seminar Sinologie, Institut für Chinastudien, an der Freien Universität? Ist es zutreffend, dass Prof. Guder bereits zuvor eine Professur innehatte, die von China finanziert wurde? Im Kooperationsvertrag ist geregelt, dass Hanban eine Lehrkraft entsenden soll. Warum akzeptiert die Freie Universität, dass die Auswahl einer Lehrkraft durch eine staatliche Organisation wie Hanban vorgenommen wird?

An den Senat die Frage: Es gibt einen Bericht im „Tagesspiegel“, dass auch die Humboldt-Universität eine Hanban-Professur plante, die letztendlich nicht zustande gekommen ist. Welche Informationen liegen dem Senat hierzu vor?

Eine Frage an Frau Prof. Leutner – hier geht es um die Drucksache, die auch Herr Dr. Brandenburg in seinen Ausführungen nannte –: In der Drucksache 19/15560 heißt es:

Der Bundesregierung ist bekannt, dass der chinesische Staat bzw. die Kommunistische Partei Chinas Einfluss auf Veranstaltungen, Lehrinhalte und -materialien an Konfuzius-Instituten in Deutschland nimmt. Dies erschließt sich bereits aus der engen organisatorischen und finanziellen Anbindung der Institute an staatliche chinesische Institutionen, namentlich an die der Zentralen Propagandaabteilung der Kommunistischen Partei Chinas unterstellte Kulturorganisation „Hanban“.

Würden Sie, Frau Prof. Leutner, dieser Aussage widersprechen? Das ist meine Frage an Sie.

Dann habe ich noch eine Frage zu den Ausführungen von Frau Prof. Blechinger-Talcott: Sie sagten, dass die Freie Universität keine Mittel zur Finanzierung gehabt hätte. Andererseits führten Sie aus, dass bei Problemen die Finanzierung durchaus aus dem eigenen Haushalt übernommen werden könne. Vielleicht können Sie das noch mal einordnen, weil sich das ein wenig widersprüchlich anhört. So weit von meiner Seite – Vielen Dank!

Martin Trefzer (AfD): Vielen Dank, Herr Grasse! – Ich habe mich selbst auch noch auf die Redeliste gesetzt.

Martin Trefzer (AfD): Es sind ganz viele wichtige Fragen gestellt worden, ich wollte allerdings den Regierenden Bürgermeister etwas zu den Erfahrungen des Senats in der Zusammenarbeit mit China fragen – ich wollte die Gelegenheit nutzen, aber das können Sie, Herr Krach, vielleicht auch beantworten. 2019 war eine Senatsdelegation aus Anlass des 25-jährigen Jubiläums der Städtepartnerschaft in Peking, und der Regierende Bürgermeister hat

beispielsweise in einem Interview in „People’s Daily Online“ vom 16. Juli 2020 auch zur Forschungskoope­ration Stellung genommen. Dort hat er gesagt:

Im freien Austausch zwischen unseren Wissenschaftsstandorten steckt ein großes Zukunftspotenzial. Es gibt viele gemeinsame Anknüpfungspunkte, etwa in der Gesundheitsforschung, bei Themen wie Künstliche Intelligenz, Klimaforschung und neue Mobilitätsformen, aber auch im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften.

Dazu wollte ich vor dem Hintergrund der Aussagen, die unsere Anzuhörenden gemacht haben – beispielsweise, dass China die Wissenschaftsfreiheit als Bedrohung empfindet –, fragen, wie Sie die Gespräche wahrgenommen haben. Wie hat Ihre Delegation und der Regierende Bürgermeister das wahrgenommen? Haben Sie mit der chinesischen Seite über das Thema Wissenschaftsfreiheit gesprochen? Wie war der Ansatzpunkt der Berliner Seite für die Gespräche mit der chinesischen Seite über die Forschungskoope­ration? War das der Ansatz, den Frau Dr. Czyborra gerade skizzierte, Wandel durch Annäherung, oder wie muss man sich das vorstellen? Wie ist der Berliner Senat in die Gespräche reingegangen, und wie hat die chinesische Seite an der Stelle reagiert? Das wäre meine Frage.

Vorsitzender Martin Trefzer: Dann kommen wir jetzt zu den Antworten der Anzuhörenden. Zunächst hier im Saal Herr Dr. Brandenburg, bitte!

Dr. Jens Brandenburg (Sprecher für Studium, berufliche Bildung und lebenslanges Lernen der FDP-Bundestagsfraktion): Vielen herzlichen Dank, auch für die vielen Fragen und die rege Diskussion! Ich fange mal bei den Fragen von Herrn Förster an: Gibt es vergleichbare Aktivitäten anderer Staaten? – Vergleichbare Aktivitäten anderer Staaten sind mir nicht bekannt. Wenn Ihnen in der Runde welche bekannt sind, melden Sie das gerne. Natürlich gibt es das, was die chinesische Seite gerne betont: Kulturinstitutionen etc., Institut français, auch analog zu den Goethe-Instituten, davon gibt es eine ganze Menge, aber mir ist keine einzige Institution im Bereich deutscher Hochschulen bekannt, wo wirklich in der Art und Weise eine autoritäre, parteiliche Führung eines ausländischen Staates letztendlich solche finanziellen Abhängigkeiten schafft.

Zweite Frage – gibt es eine ähnliche Diskussion im Ausland? – Ja, übrigens teilweise deutlich heftiger. In den USA seit einigen Jahren, in Kanada im Übrigen auch mit sehr rigoroseren Konsequenzen von der jeweiligen Kommunal- bis zur Bundespolitik, auch Australien fällt mir ein, Schweden die Diskussion, in der Schweiz gibt es auch aktuell an vielen Standorten entsprechende Diskussionen und in Brüssel – Sie haben es vermutlich auch mitbekommen, wo damals der chinesische Direktor des dortigen Konfuzius-Instituts außer Landes verwiesen wurde, wegen konkreter Spionagevorwürfe. Es wurde gerichtlich nie bis zum Ende geführt, über die Gründe mag man auch spekulieren. Ich habe mir selbst auch ein Bild vor Ort gemacht: Es ist nicht ganz aus der Luft gegriffen, was da passiert ist. Auch die dortige Universität – die heißt zufälligerweise auch Freie Universität – in Brüssel hat tatsächlich auch nach einer sehr intensiven Diskussion die Kooperation mit dem Konfuzius-Institut in Brüssel eingestellt. Also ja, die Diskussion gibt es in vielen Ländern, wir sind da durchaus nicht die einzigen. Im Gegenteil, in Deutschland ist die Diskussion eher etwas später und zurückhaltender überhaupt aufgekommen.

Die Frage nach Alternativen: Aus meiner Sicht – ich habe es eben betont, wir brauchen mehr China-Kompetenz – wäre die Alternative nicht zu sagen, wir machen jetzt keine Konfuzius-Institute und das war es, sondern im Gegenteil. Ich glaube, wir sind – die Hochschulen, aber vor allem die Politik, die das Ganze am Ende auch finanziert – in der Verantwortung, wo genau solche Institute entstehen können, aber auf unabhängiger Plattform, wo von keiner Seite politisch Einfluss darauf genommen werden kann, oder entsprechende finanzielle Abhängigkeiten bestehen, welche Themen besprochen und offen thematisiert werden können und welche nicht.

Die Frage nach dem Brief an uns Bundestagsabgeordnete, wie der aufgegriffen wurde: Sehr unterschiedlich. Wir als FDP-Fraktion haben uns sehr intensiv damit beschäftigt, ich weiß, dass die Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag eine Anhörung mit Frau Leutner und Herrn Heberer, also einem weiteren KI-Direktor, durchgeführt haben – ich glaube, das muss im September gewesen sein. Von anderen Fraktionen sind mir nur vereinzelte Gespräche bekannt. Im Ausschuss des Bundestags gab es leider keine Entscheidung für eine Anhörung, auch aus verschiedenen Gründen, aber wir hatten vor wenigen Wochen eine Antragsberatung zu diesem Thema. Das ist wie so oft nicht in der Beschlussfassung geendet, aber es gab eine recht konstruktive Debatte – so will ich das mal sagen –, ansonsten ist das aber eine Frage, die uns im Deutschen Bundestag sicher weiter beschäftigt. Das kann ich durchaus als Oppositionspolitiker im Bund mal sagen: Ich bin mir sehr bewusst, dass insbesondere die Bundesregierung eine hohe Sensibilität zu diesen Fragen besitzt, das ist keine rein parteipolitische Frage, sondern über die Parteigrenzen hinweg ein Thema, was uns sehr beschäftigt.

Zu Frau Plonske: Sie hatten einige Punkte angesprochen – Wie bewerten wir die Einflussnahme am Institut der FU? – Ich beziehe ich mich auf den Ursprungsvertrag, wie er geschlossen wurde, und ich war ehrlich gesagt sehr erschrocken, was da alles vereinbart war. Ich sehe neben den Punkten, die bereits angesprochen wurden, als kritischsten Punkt die Tatsache, dass nach dem ersten Vertragsentwurf eine jährliche Evaluation der Tätigkeiten stattfinden sollte, wo das Institut umfangreiche Materialien, Lehrpläne, Seminarpläne, Erworbene-Bücher-Liste und umfangreiche Berichte vorlegen sollte, und die chinesische Seite letztendlich jährlich das Recht hat, das aufzukündigen – übrigens einschließlich des Anspruchs, dann bei aus der Sicht des chinesischen Schiedsgerichts erheblichen Verletzungen bereits gezahlte Mittel zurückzunehmen.

Ausdrücklich: Ich möchte niemanden an der FU einen Vorwurf machen, ich glaube an eine hohe Charakterfestigkeit in der Wissenschaft generell. Ich glaube, es ist nur eine Frage von – ich würde mal von Compliance sprechen. Wir haben es in der Politik, wir haben es in der freien Wirtschaft insgesamt. Das ist eine Frage von institutionellen Rahmenbedingungen und dass man an gewissen Stellen sich bestimmten, auch finanziellen, Abhängigkeiten gar nicht erst aussetzen sollte, um gar nicht erst den Verdacht oder die Versuchung oder was auch immer aufkommen zu lassen. Insofern freut mich das sehr, dass da nachgebessert wird. Inwiefern das momentan ausreicht, mögen Sie beurteilen. Da will ich mich als Baden-Württembergischer Bundestagsabgeordneter nicht im Detail einmischen. Nur so viel: Ich glaube, es wäre wichtig, jede finanzielle Abhängigkeit theoretischer Einflussnahme von Grund auf auszuschließen. Im Detail, glaube ich, ist das als landespolitisches Thema bei Ihnen in der Runde besser aufgehoben.

Wie sollen Kooperationen aufgesetzt werden? Frau Plonske, auch da habe ich ein bisschen etwas gesagt: Unabhängige Plattform, aus meiner Sicht, und die Frage – ich glaube, Frau Czyborra hat sie später noch mal angesprochen –, ob es um Abbruch des Austauschs oder des Dialogs geht. Nein, aus meiner Sicht ganz im Gegenteil. Übrigens: Wir werden nicht ändern, dass es in China ein autoritäres Regime gibt und dass dort viele Universitäten gerade an der Führungsspitze durch die Kommunistische Partei und Funktionäre sehr infiltriert sind. Das ist aber aus meiner Sicht kein Argument, komplett auf Austausch und Dialog zu verzichten. Ganz im Gegenteil, das sollten wir machen. Mir geht es nur darum, dass das wirklich auf einer neutralen, unabhängigen Plattform geschieht. Ich sage mal, das Spielfeld und die Spielregeln sind das Entscheidende. Da muss es durchaus möglich sein, beispielsweise regimekritische Ansprechpartner von chinesischer Seite ebenso in diesen Dialog miteinzubeziehen. Der Dialog an sich ist aber sehr wichtig – eher mehr, als weniger.

Frau Plonske! Sie haben noch die Auswahl der Personen von chinesischer Seite angesprochen. Ja, ich glaube, da sollten wir uns nichts vormachen. Die werden genau ausgewählt. Jemand, der von chinesischer Seite als regimekritisch aufgefallen ist, wird gar nicht erst an ein Konfuzius-Institut in Deutschland entsandt. Daran ändert auch die Anmerkung von Frau Prof. Leutner nichts, dass das in Einvernehmen mit der FU gelingt. Sie können letztendlich nur zu Personalvorschlägen Einvernehmen finden, die vorgelegt worden sind. Da gibt es eine starke Auswahl. Wir wissen aus dem Ausland, das ist in dem Fall sogar von chinesischer Seite offiziell bestätigt, beispielsweise Falun Gong und andere Hintergründe klare Ausschusskriterien sind. Die Bundesregierung verweist auf die Hochschulzuständigkeit, auch die Einhaltung von Arbeitnehmerrechten und des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes an deutschen Hochschulen sicherzustellen. Die Bundesregierung verweist da ausdrücklich auf die Verantwortung der Hochschulen. Ich bin sehr gespannt, wie sie das vor Ort an diesen Instituten umsetzen wollen.

Zu den Lehrmaterialien: Aus meiner Sicht – und das wir mir tatsächlich neu, Frau Leutner, was Sie ausdrücklich bestätigt haben, das weiß ich von anderen Konfuzius-Instituten anders –, dass hier ausdrücklich, wenn ich Sie richtig verstanden habe, solche Lehrmaterialien nutzen, die letztendlich von der chinesischen Regierung vorgegeben werden. Das war mir neu, ich wäre gespannt, da mehr zu erfahren. Ich sehe das sehr problematisch, weil da ein sehr einseitiges Bild gezeichnet wird – auch in Sprachkursen. Wenn Sie letztendlich ganz viele – Vokabeln wurden angesprochen, aber auch Texte etc. – Dinge behandeln, aber immer ein Teil der Wahrheit, ein Teil der politischen Lage oder ein Teil des Landes systematisch ausgeblendet wird, dann ist das ein einseitiges Bild, was dort vermittelt wird.

Herr Schulze! Sie haben den ganz engen Austausch, auch wirtschaftlich, angesprochen. Ich möchte nur kurze Zustimmung signalisieren. Auch die Wirtschaft geht nicht über Menschenrechte. Ich verweise an der Stelle nur auf die medial sehr kontroverse Auseinandersetzung zwischen Christian Linder und Joe Kaeser an der Stelle. Ich will nicht parteipolitisch werden, nur einmal auf die Debatte verweisen. Da würde ich keinen großen Dissens anmelden.

Frau Czyborra! Sie haben noch die Cancel Culture angesprochen. Ich finde diesen Begriff etwas schwierig, aber ich frame es mal als Wissenschaftsfreiheit, wer darf was äußern. Ich werde an jeder Stelle verteidigen, dass jeder in Deutschland alles im Rahmen des Grundgesetzes Mögliche äußern kann, egal wie dumm oder wie kritisch oder sonst was ich das finde. Das gehört zur Meinungsfreiheit und auch zur Wissenschaftsfreiheit. Deshalb mit Verweis – das

wurde schon angesprochen – auf die Äußerung von Frau Prof. Leutner im Menschenrechtsausschuss des Deutschen Bundestages. Ich empfehle da übrigens nicht nur den Weltartikel zu lesen, sondern sich die fünf Minuten tatsächlich im O-Ton anzuhören. Mir ist da echt die Spucke weggeblieben, wie Sie, Frau Leutner, in den fünf Minuten, wo es um die systematische, massenhafte Uiguren-Verfolgung, Stichwort Völkermord wurde angesprochen, extrem verharmlosen und relativieren und dann wirklich nur noch von Ausbildungszentren und Radikalisierungszentren sprechen. Das finde ich schon hart, aber das gehört zur Wissenschafts- und Meinungsfreiheit dazu. Sie haben das Recht, auch unabhängig von den Konfuzius-Instituten genau solche Dinge zu behaupten. Wissenschafts- und Meinungsfreiheit schützt nur nicht vor Gegenrede. Das ist mir auch ganz wichtig. Es ist kein Anspruch darauf, keinen Widerspruch zu ernten, aber wie gesagt, das würde ich verteidigen. Mir geht es hier ausdrücklich darum, dass ich an Hochschulen Standorte oder Bereiche schaffe, wo bestimmte Meinungen nicht geäußert werden dürfen.

Sie haben außerdem, Frau Czyborra, angesprochen, dass 100 000 Euro nicht die Wissenschaftsfreiheit gefährden und damit nicht das System ins Ruckeln gerät. Ich glaube, dass ich dem nicht so zustimmen kann. Natürlich ist auch nicht mein Eindruck, dass dadurch die komplette Freie Universität oder andere Universitäten in absolute, hundertprozentige Abhängigkeit fallen, aber ich vergleiche es gerne mit einer Diskussion, die wir als Abgeordnete, als Politiker auch haben. Compliance, die Frage von Vorwürfen, Bestechlichkeit auf Bundesebene, Diskussionen rund um die Maskendeals oder Aktienoptionen etc. – da kann man auch sagen, 100 000 Euro bringen das System nicht ins ruckeln. Ich glaube, dass schon der Verdacht oder die theoretische Möglichkeit ein Problem ist und dass wir im Sinne von Compliance, selbst wenn es nur ganz wenige schwarze Schafe sind, das Systems so schützen müssen, dass die Unabhängigkeit gewahrt ist. Insofern kann ich an der Stelle nicht völlig zustimmen. Ich stimme ausdrücklich dem zu, was Sie am Ende gesagt haben: Spagat, Kooperation und transparente demokratische Bedingungen, genau darum sollte es meines Erachtens gehen.

Dann haben Sie seitens der AfD noch angesprochen, wie sich die Konfuzius-Institute entwickeln, wenn wir nicht genau hinschauen. Ich habe keine Glaskugel, ich weiß nur, dass die auch offiziellen Ansagen der chinesischen Regierung, insbesondere 2018, mehr als glasklar sind. Wenn da wirklich von einem ideologischen Auftrag, Aufbau sozialistischer Kultur im Ausland etc. gesprochen wird und das tatsächlich mit ideologischen Vorbereitungskursen der Lehrkräfte, die nach Deutschland entsandt werden, verbunden sind, dann glaube ich, ist zumindest der Wille der chinesischen Regierung klar. Umgekehrt glaube ich auch, dass schon die Diskussion darüber, wie wir sie hier führen, sicher auch in der Hochschul- und Wissenschaftslandschaft an vielen Stellen schon zu einer starken Aufmerksamkeit und Sensibilisierung geführt hat. Insofern ist das kein Selbstläufer, auch die Wissenschaft in Deutschland sollte man nicht unterschätzen und auch die Kräfte innerhalb der Wissenschaft.

Sie haben außerdem gefragt, warum es nur ein Goethe-Institut in China gibt. Die Antwort ist relativ einfach: Die chinesische Regierung verfolgt eine klare Politik von ein Land, ein Kulturinstitut. Deshalb ist der Standort Shanghai eine Abteilung des dortigen Generalkonsulat und nicht ein eigenes Goethe-Institut. Ausdrücklich – Frau Leutner hat es angesprochen –: Die anderen Sprachlernzentren sind auch überhaupt nicht damit vergleichbar. Insbesondere nicht, weil es in Deutschland keine autoritäre Regierungspartei gibt, die diesen Sprachlerninstituten vorschreibt, welche Teile der deutschen Politik oder Geschichte sie ausblenden sollen. Das als kurze Antwort dazu.

Ich würde noch einen Punkt herausgreifen, Frau Prof. Blechinger-Talcott, den Sie angesprochen haben: Ich teile auch Ihren Eindruck, dass das Konfuzius-Institut alleine nicht die komplette Freie Universität in ihrer akademischen Freiheit auf null fahren wird. Sie haben darauf verwiesen, dass sich das Konfuzius-Institut an die Öffentlichkeit wendet und dass alle anderen an der Universität in ihren Tätigkeiten weiter frei sind. Ich möchte aber durchaus noch mal ergänzend zu den vielen Zitaten von eben darauf verweisen, was viele Menschen im direkten Umfeld dieser Konfuzius-Institute äußern. Beispielsweise verweist Volker Stanzel, ehemaliger deutscher Botschafter in China, er ist Mitglied des Verwaltungsrats am Konfuzius-Institut in Göttingen, darauf, dass es Themen gibt, die am Konfuzius-Institut nicht angesprochen werden können. Thomas Heberer, Konfuzius-Institut Metropolregion Ruhr, – der wird mir wahrscheinlich in jedem Halbsatz widersprechen –, sagt auch, dass es ein Problem wäre, einen Regimekritiker wie Joshua Wong aus Hongkong einzuladen; dafür würde von chinesischer Seite kein Geld fließen. Auch von der Prorektorin der Universität Heidelberg wird geäußert, wenn einem – Zitat – Projektmittelgeber Inhalte nicht gefallen, dann gibt er keine Mittel dafür. Dass in der Folge nicht jedes Thema gleichermaßen aufgegriffen wird, ist denkbar. Das ist das, was an den Konfuzius-Instituten stattfindet. Das ist aus meiner Sicht ein Problem.

Ein persönliches Erlebnis: Ich habe mit einer Schulleiterin gesprochen, die eine Kooperation mit dem Konfuzius-Institut in Heidelberg hat, die dieses Konfuzius-Institut in die Schule reinlässt. Da werden Schüler an öffentlichen Schulen in Deutschland unterrichtet, und die hat mir gesagt: Herr Brandenburg, ich weiß gar nicht, was Sie wollen? Das ist doch ein Institut der Universität Heidelberg, dem werde ich wohl vertrauen können. – Auch das Konfuzius-Institut Berlin wirbt offiziell auf der Website sehr prominent immer mit: An der Freien Universität Berlin. – Dieses Label ist eine wahnsinnig starke Vertrauensmarke. Ich glaube, das sollte man nicht unterschätzen, wie viele Menschen außerhalb der Freien Universität Berlin im Vertrauen, dass das Teil der Freien Universität ist und dass sie da keine politische Beeinflussung bekommen, sondern dass hundertprozentige Wissenschaftsfreiheit und Objektivität gegeben ist, an diesen Veranstaltungen teilnehmen. Es ist aus meiner Sicht ein großes Problem, wenn diese Menschen letztendlich so hinters Licht geführt werden und an Veranstaltungen teilnehmen – auch wenn es nur ein kleiner Teil der Universität ist, wo solche Themen nicht angesprochen werden können. Ich hoffe, ich habe keine Fragen, die direkt an mich gerichtet waren, übersehen. Ansonsten gerne noch mal nachfragen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Dr. Brandenburg!

Christian Buchholz (AfD): Sie haben eine Frage übersehen, und zwar ging es – außer um die drei T – um die ganz große Thematik „Großer Sprung nach vorn“. Das war das Experiment von Mao mit der Industrialisierung, bei dem am Ende 40 bis 45 Millionen Menschen verhungert sind, und das ist eigentlich ein ganz großes Thema in der jüngeren chinesischen Geschichte ist. Da würde mich interessieren, wie die Konfuzius-Institute damit umgehen.

Vorsitzender Martin Trefzer: Herr Buchholz! Mit Blick auf die Uhr und die Lüftungspause müssen wir einen Sprung weiter machen. Ich würde es hinten anstellen und würde erst einmal die anderen Anzuhörenden aufrufen und dann darauf zurückkommen. Sonst kommen wir wirklich in Verzug. Dann wäre bei den Anzuhörenden, die per Webex zugeschaltet sind, zunächst Frau Prof. Blechinger-Talcott an der Reihe. – Bitte schön!

Dr. Verena Blechinger-Talcott (Vizepräsidentin der Freien Universität Berlin) [zugeschaltet]: Ganz herzlichen Dank für die vielen Fragen! Ich versuche, das summarisch zu beantworten, sodass ich nicht die restliche Zeit des Ausschusses monopolisiere. Wenn ich etwas übersehen habe, dann fragen Sie bitte noch mal nach.

Ich glaube, es ist in der Kooperation mit China ganz wichtig – da würde ich Frau Czyborra absolut recht geben –, dass wir nicht anfangen können, das zu beenden und zu sagen, wir brechen die Kooperation ab, sondern im Gegenteil. Wir als Bundesrepublik Deutschland brauchen China-Expertise – das ist das eine. Das andere ist, wenn wir anfangen im Internationalen – als Vizepräsidentin bin ich für das Internationale zuständig – Kooperationen mit Partnern, in denen die Wissenschaftsfreiheit bedroht ist, einzuschränken, dann können wir irgendwann nur noch mit den Niederlanden zusammenarbeiten, denn wir haben viele Kooperationspartner weltweit. Schauen Sie nach Russland, schauen Sie nach Brasilien, schauen Sie in die Türkei oder in den Mittleren Osten, auch in den USA unter Trump – ich habe selbst in den USA gelebt, studiert, gelehrt und geforscht – war, wenn Sie sich z. B. mit dem Klimawandel beschäftigt haben, die Wissenschaftsfreiheit auch nicht mehr gewährleistet. Insofern ist den Kopf in den Sand stecken und Kooperationen abbrechen keine Lösung.

Was für uns wichtig ist – das ist auch der Grundtenor unseres Wissenschaftsfreiheitspapiers –, ist, dass wir im Dialog bleiben und dass wir gleichzeitig für uns Grenzen aufzeigen und sagen, bestimmte Dinge können wir jetzt nicht mehr machen. Wenn wir z. B. feststellen, dass die Freiheit unserer Studierenden, unserer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die nach China fahren, nicht mehr gewährleistet ist, dass die gefährdet sind, dann würden wir wahrscheinlich solche Programme eher zurückfahren, würden aber immer noch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus China zu uns holen.

Das ist nämlich das andere: Wissenschaftliche Kooperation bedeutet auch langfristige Bindungen, langfristige Kontakte. Auch unsere chinesischen Partnerinnen und Partner an den chinesischen Partneruniversitäten sind keine Marionetten des Systems, sondern sind durchaus auch Menschen, die viele Dinge kritisch sehen, die da passieren. Das heißt, ein Rückzug, einen Abbruch der Kooperationen oder wie es manche Kollegen auch in öffentlichen Beiträgen fordern, zu sagen, wir machen die Kooperation mit China nur noch als Beobachter und über das Internet, würde diesen Kollegen letztlich in den Rücken fallen. Die sind durch die regelmäßigen Kontakte, durch die regelmäßigen Besuche auch von ausländischen Kolleginnen und Kollegen auch in ihrem eigenen System in gewisser Weise geschützt. Das dürfen wir nie vergessen, auch da haben wir eine Verantwortung.

Als Freie Universität nehmen wir diese Verantwortung wahr – es wurde schon von Herrn Schulze und dann auch Frau Czyborra angesprochen –: Wir haben eine ganze Reihe von Programmen zur Unterstützung von bedrohten und geflüchteten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an der Freien Universität. Wir haben in jedem Jahr ungefähr 30 geflüchtete Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an der Freien Universität. Das ist mehr als an jeder anderen deutschen Universität. Das waren ursprünglich – das hat Herr Schulze auch gesagt – zunächst vor allem Kolleginnen und Kollegen aus der Türkei. Das hat sich aber ausgeweitet. Gerade unsere Academy in Exile hat z. B. eine Wissenschaftlerin aus Hongkong aufgenommen, die sich kritisch zur politischen Situation dort geäußert hat. Die wird jetzt bei uns an der Freien Universität zunächst einmal arbeiten.

Insofern denke ich, sind wir durch die Kooperationen, die wir haben, in unserem Handeln nicht eingeschränkt, nicht gebunden. Wir beobachten das allerdings sehr kritisch, und wir haben durch die Prozesse, die wir in unserem Wissenschaftsfreiheitspapier aufgesetzt haben und durch den neu eingerichteten China-Beirat, der interne und externe Expertise einbringt, auch Organe geschaffen, die uns helfen, richtige, informierte Entscheidungen zu treffen. Zum Beispiel Volker Stanzel, den Sie gerade genannt haben, ist bei uns seit vielen Jahren auch als Lehrbeauftragter recht regelmäßig an der Universität und hat auch eine ganze Reihe von Lehrveranstaltungen gerade zum deutsch-chinesischen Verhältnis und auch zum japanisch-chinesischen Verhältnis angeboten.

Wir haben auch bei unseren Kolleginnen und Kollegen in der Sinologie eine ganze Reihe von Projekten, die sich durchaus auch kritisch mit der aktuellen chinesischen Politik auseinandersetzen. Wir haben ein ERC-gefördertes Projekt zu Governance by Data, wo es um die Datenerhebungspolitik der chinesischen Regierung geht, wo es auch um das Social-Credit-System geht, also Dinge, die durchaus auch hier in der öffentlichen Diskussion stehen. China-Kompetenz ist uns wichtig. Die Forschung zu China ohne eine Selbstbeschränkung ist uns ebenfalls genauso wichtig, und da tun wir alles, was wir können, um das auch weiterzuführen. Zu der Frage, die es vorhin gab, zum „Großen Sprung nach vorn“: Auch das ist ein regelhaftes Thema in den Lehrveranstaltungen zur chinesischen Geschichte. Anders kann man das gar nicht machen. Insofern würde ich sagen, dass diese Dinge bei uns durchaus gesichert sind.

Jetzt kommt die Frage, wie das mit ähnlichen Fällen aussieht, ob es vergleichbare Fälle gibt, Stiftungsprofessuren, die von anderen Ländern finanziert werden. An der Freien Universität Berlin nicht, aber es gibt das Beispiel von Japan, das Sie, Herr Förster, genannt – ich bin Japanologin. Diese Idee, dass man Sprachlehrprofessuren für die Vermittlung von japanischer Sprachdidaktik aufbaut, ist ein japanisches Modell, das die chinesische Seite mit Hanban übernommen hat. Es gibt zum Beispiel an der Universität zu Köln eine Professur, die sehr lange von der Japan Foundation finanziert wurde, auch im selben Kontext der Ausbildung von Japanischlehrerinnen und -lehrer für deutsche Schulen. Das heißt, die Instrumente sind durchaus Ähnliche. Natürlich handelt es sich bei Japan um ein anderes politisches System, aber die Instrumente gibt es. Auch die Korea Foundation finanziert recht regelhaft an anderen deutschen Universitäten Professuren – entweder für die koreanische Sprachausbildung oder für Koreastudien, weil das ein Bereich ist, der gerade in Aufbau begriffen ist. Wir an der Freien Universität haben solche Mittel nicht. Wir haben die Professur, die von einer ausländischen Regierung gefördert wird, nur im Kontext der Professur für chinesische Sprache und Gesellschaft, die Herr Guder bekleidet.

Die zweite Frage: Stellen wir den freien Austausch sicher? Wie geht es mit den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die aus China zu uns kommen? – Ja, da sind wir auch stolz auf unsere Tradition als Freie Universität. Wir sind auch im Kontext des Kalten Krieges gegründet worden, in dem es sehr wohl um Wissenschaftsfreiheit und freie Meinungsäußerung ging. Gerade das ist für uns ein wichtiges Thema, das sich durch alle Lehrveranstaltungen zieht. Das ist ein Anspruch, den wir haben. Ich kann als Vizepräsidentin nicht in die Lehrveranstaltungen der einzelnen Kollegen in dem Sinne reinregieren, dass ich ihnen Vorgaben mache, aber ich denke schon, dass alle Kolleginnen und Kollegen das teilen und dass wir in unserer Arbeit als Präsidium deutlich darauf hinweisen. Auch bei internationalen Veranstaltungen, bei der Begrüßung unserer Studierenden – sowohl der deutschen oder in Deutschland ausgebildeten als auch der internationalen Studierenden – wird das regelmäßig thematisiert. Genauso hat

unser Präsident beim Besuch des Präsidenten der Peking-Universität das Thema Wissenschaftsfreiheit angesprochen. Das gehört für uns schon mit dazu, das meinen wir ernst. Wir schreiben so ein Papier nicht nur, um es auf die Website zu stellen, sondern wir leben das auch.

Die Frage, wie Doktorandinnen und Doktoranten ausgewählt werden, die aus chinesischen Mitteln, also den China Scholarship Council, finanziert werden: Das ist immer ein zweiteiliges Verfahren. Das heißt, die bewerben sich zunächst um die allgemeine Förderung, und dann bewerben sie sich bei uns um eine Aufnahme als Doktorandin oder Doktorand. Das passiert auf rein wissenschaftlichen Kriterien. Das heißt also: Wie gut ist die Person qualifiziert? Ist das Projekt interessant? Passt es in die Arbeitsgruppe? Bei uns sind das vor allem naturwissenschaftliche Doktorandinnen und Doktoranten, die über den China Scholarship Council gefördert werden. Die werden nach denselben Kriterien ausgewählt, wie andere auch. Dazu, was auf der chinesischen Seite passiert, kann ich nichts sagen, aber gleichzeitig gibt es auch andere Möglichkeiten, mit Förderung hier in Berlin zu studieren. Da haben wir durchaus auch chinesische Doktorandinnen und Doktoranten in den Geistes- und Sozialwissenschaften, deren Themen nicht auf der Parteilinie liegen. Das haben wir auf jeden Fall.

Die Frage, was machen wir – das war eine Frage von Frau Plonske –, wie sieht das mit der Kooperation mit Dritten aus: Der Vertrag mit dem Hanban, der 2017 geschlossen wurde, wurde so geprüft, wie alle anderen Drittmittelförderverträge auch. Wir haben eigene Juristen, die noch mal draufschauen und sehen, ob das alles passt. Ich war in dem Fall nicht involviert, aber ich gehe davon aus, dass das entsprechend dieser Regelungen auch vorgenommen wurde. Nachdem wir dann die Kritik bekommen haben – da war ich sehr wohl involviert –, haben wir genau die Punkte, die moniert worden sind, wegverhandelt. Das heißt, wir haben mit der chinesischen Seite gesprochen und deutlich gemacht, dass wir die Kooperation nur dann fortsetzen können, wenn diese Punkte, die drei Monita, der Verweis auf die Bindung an chinesisches Recht, die chinesische Schlichtungseinrichtung und die Beschränkung der Studierenden auf EU-Bürgerinnen und -Bürger, aus dem Vertrag gestrichen werden. Das ist auch erfolgt, diese Dinge sind nicht mehr Teil des Vertrags.

Wir haben ihn dann an die Senatskanzlei zur Prüfung geschickt, und erst dann, nachdem wir das Okay bekommen haben, haben wir von der chinesischen Seite das erste Mal nur für die Finanzierung der Professur Geld abgerufen. Die Finanzierung der Sprachlehrkraft, die auch drinsteht, ist bislang noch nicht in Anspruch genommen worden. Das heißt, diesen Teil des Vertrags haben wir bislang nicht in Anspruch genommen. Das liegt auch daran, dass wir das mit unseren Sprachlehrkräften im Moment gut hinbekommen. Wenn der Studiengang wächst, was wir hoffen, dann müssen wir noch mal drüber sprechen.

Herr Grasse! Sie haben noch angesprochen, was es heißt, wenn ich sage, dass es nicht geht, dann würden wir das selbst finanzieren. Das heißt, dass wir dann in anderen Bereichen der Chinastudien wahrscheinlich Dinge einsparen müssten, wenn wir das jetzt schon machen würden. Wir haben einen Hochschulvertrag, und da ist ein Hochschulentwicklungsplan, ein Strukturplan, mit dabei. Da ist genau aufgeschrieben, wie viele Stellen die Sinologie hat. Die Sinologie hat im Moment drei Strukturplanstellen, also drei Strukturprofessuren, und denen ist eine Zahl von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Sprachlehrkräften zugeordnet. Wir haben im Augenblick sechs Professuren in der Sinologie, das heißt, wir haben drei zusätzliche. Das liegt unter anderem an Drittmittelerfolgen aus der Vergangenheit.

Der Fall Meyer-Clement: Das muss ich hier noch mal sagen, Sie können das auch im „Tagespiegel“ nachlesen, dass ich das außerordentlich bedauerlich finde, dass es keine Möglichkeit gab. Das ist ein schwerer Verlust für unsere Regionalstudien. Frau Meyer-Clement kam über die Graduiertenschule für Ostasienstudien an die Freie Universität, da hatten wir zusätzliche Mittel für eine Juniorprofessur, aber eine befristete, die dann in eine befristete W2-Professur überführt werden sollte. Sie hat großartige Forschung gemacht, aber leider haben wir dadurch, dass wir in der Sinologie insgesamt zusätzliche Professuren haben, keine Möglichkeit, dass aus den Haushaltsmitteln zu finanzieren. Deshalb konnten wir uns hier leider nicht durchsetzen. Die Frage der Befristung ist hier sicherlich ein Thema. Wenn es vonseiten der Senatsverwaltung möglich ist, im Rahmen der nächsten Hochschulvertragsverhandlungen auch die China-Expertise an der Freien Universität zu stärken, dann sind wir sofort bereit, auch in diesem Bereich auf- und auszubauen, denn das ist ein wichtiger Punkt.

Jetzt noch eine Frage, wie wir unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und unsere Studierenden unterstützen, wenn die nach China gehen: Das war der Punkt, den ich vorhin schon erwähnte – die China Round Tables, die wir zu diesem Zwecke durchführen. Wir haben ähnliche Round Tables für andere Partnerländer, in denen wir in Bezug auf die Wissenschaftsfreiheit Probleme sehen. Da ist es so, dass wir uns einerseits unter den Kolleginnen und Kollegen austauschen, dass wir andererseits auch über unsere Verbindungsbüros, die wir in den Partnerländern haben, dann die Studierenden, die ausgewählt werden, z. B. nach China, Russland oder Brasilien zu gehen, besonders vorbereiten, dass es da auch im Vorfeld des Aufenthalts entsprechende Hinweise gibt.

Das Büro in Peking haben wir im Moment nicht besetzt. Das liegt – wie soll man sagen – an rechtlichen Vorgaben der chinesischen Seite, aber Herr Dr. Rummel, der heute mit mir in der Anhörung ist, der auch den Bereich Ostasien in der Abteilung Internationales betreut und begleitet, leitet das Büro kommissarisch und führt hier sehr umfangreich Beratungen und Vorbereitungsgespräche durch, sodass unsere Wissenschaftlerinnen und unsere Studierenden gut vorbereitet nach China gehen können.

Was die Lehrmaterialien angeht: In der Professur für chinesische Sprache, so denke ich auch hier, ist die Wissenschaftsfreiheit und die Freiheit der Lehre des Kollegen Guder, der diese Lehrveranstaltungen durchführt, sehr hoch zu werten. Er ist derjenige, der das verantwortlich macht. Ich hatte den Passus in dem Vertrag so verstanden, dass die chinesische Seite auch Mittel für Bücherkäufe bereitstellt, gerade was Sprachlehrmaterialien angeht und dass man dann – das halte ich für einen Vertrag durchaus für gerechtfertigt – eine Liste der gekauften Materialien und eine Aufstellung der verausgabten Mittel einreichen muss, damit man das wieder erstattet bekommt. Insofern ging es hier nicht um eine inhaltliche Kontrolle mit welchen Materialien gearbeitet wird. Das sieht man auch an der Positionierung dieser Hinweise im jeweiligen Teil des Vertrags. Was sich die chinesische Seite im Vertrag auf der anderen Seite eingeräumt hat, ist eine Information darüber zu erhalten, wie das Programm aufgebaut worden ist – Hat der Studiengang angefangen? Gibt es Studierende, die eingeschrieben sind? Das halte ich nicht für außergewöhnlich, das haben wir in anderen Kontexten auch. Wenn ich Gelder vom DAAD für meine Austauschprogramme bekomme, die ich in meiner Position als Japanologin mit japanischen Partnern durchführe, muss ich auch klarstellen, welche Studierenden gefördert wurden und wofür die Mittel verausgabt wurden. Das gehört auch zu or-

dentlicher Buchführung. Ich denke, wir müssen aufpassen, dass wir die Dinge nicht zu sehr vermischen.

Herr Grasse fragte nach der Auswahl von Herrn Guder: Das war ein regelhaftes Verfahren im Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften, in dem die Sinologie, die Chinastudien, angesiedelt sind. Es wurde ordentlich ausgeschrieben, das Verfahren wurde genauso durchgeführt wie alle anderen Berufungsverfahren auch. Herr Guder hat sich durchgesetzt und ja, er hatte vorher eine andere von Hanban finanzierte Professur bekleidet, nämlich die Stiftungsprofessur an der Universität Göttingen. Das liegt unter anderem auch daran, dass er im Bereich der Chinesischdidaktik, Chinesisch als Fremdsprache, der ausgewiesene Experte ist. Das zeigt sein restlicher Lebenslauf, wo er unter anderem sehr lange die wissenschaftliche Vereinigung für die Ausbildung von Chinesischlehrerinnen und -lehrer an Hochschulen geleitet hat, er hat einschlägig publiziert, und er ist in diesem Bereich sowohl in China als auch in Taiwan wie auch international vernetzt.

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Frau Prof. Blechinger-Talcott! – Der Nächste ist Herr Besendorf. – Bitte schön!

Janik Besendorf (AStA Freie Universität Berlin) [zugeschaltet]: Vielen Dank! – Ich will ebenfalls versuchen, auf die Vielzahl der Fragen angemessen zu antworten. Ich habe mir zunächst die Fragen von Herrn Förster über den Alltag in der Lehre, gerade in der Sinologie, bei den Studierenden notiert. Wie ich bereits ausführte, ist es so, dass in der Lehre bei den Kursen, die die Sinologiestudierenden am Sprachenzentrum der FU besuchen müssen, Lehrbücher eingesetzt werden, die direkt aus Peking kommen und unter dem Einfluss der KPCh stehen. Zusätzlich gibt es auch eine Selbstzensur der Dozierenden, die ich ebenfalls angesprochen habe, und die auch von anderen hier angesprochen wird. Man muss betrachten, dass es in der Sinologie insgesamt schon einen starken Einfluss durch die Aktivitäten Chinas im Ausland gibt. Das ist z. B. durch solch eine Stiftungsprofessur so. Wir haben von Frau Blechinger-Talcott gehört, dass lediglich drei Professuren im Strukturplan vorgesehen sind. Eine weitere ist z. B. eine Stiftungsprofessur. Wenn ein Viertel der Professuren gestiftet ist, dann muss ich mir als dozierende Person überlegen, dass ich mir weiterhin die Möglichkeit offenhalte, mich auf die Stiftungsprofessur zu bewerben und muss mich sorgen, dass Einfluss von China ausgeübt wird, wenn ich mich kritisch äußere.

Es ist weiterhin so, dass die Lehrenden in der Sinologie oder die Lehrenden der chinesischen Sprache selbstverständlich eine Leidenschaft für China oder die chinesische Sprache haben und sich zum Beispiel fragen: Wenn ich mich in meiner Lehre, in meiner Forschung kritisch äußere, habe ich dann überhaupt noch die Möglichkeit, irgendwann in China einzureisen oder werde ich ausgewiesen, wenn ich dort bin? Das betrifft deren Privatleben, aber teilweise auch deren Forschung. Wenn ich vor Ort Forschungen machen will und mir das verwehrt wird, weil ich mich zuvor kritisch geäußert habe, dann schränkt das die Arbeit der Dozierenden ein.

Wie ich vorhin schon erwähnte, ist es so, dass Themen – so wurde es uns von den Studierenden berichtet – wie der Umgang mit den Uiguren, Tibet, Taiwan und Hongkong nicht angesprochen bzw. lediglich geographisch behandelt werden, und das war es dann. Wenn es da konkrete Nachfragen gibt, stellen wir gerne auch Kontakt zu konkreten Studierenden her, die die weiter Auskunft geben können.

Zu den anderen Fragen, die auch die Transparenz und die Entscheidungsfindung an der Hochschule betreffen. Da ist es so, dass ich zwei Handlungsfelder sehe, die auch schon diskutiert wurden, nämlich das Berliner Transparenzgesetz, also die Möglichkeit für Informationsfreiheitsanfragen, und das Berliner Hochschulgesetz. Beim Berliner Transparenzgesetz wurde schon mehrfach gesagt, dass die Hochschulen auf gar keinen Fall dort ausgenommen werden dürfen. Das ist offensichtlich eine Verschlechterung des Status quo. Wenn der Status quo genügen würde, würden wir heute gar nicht zusammensitzen und über Transparenz debattieren. Transparenz muss ausgebaut und nicht abgebaut werden.

Wie ich auch schon erwähnte, ist es dringend notwendig, die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit personell zu stärken. Diese Behörde ist nicht nur, aber auch wegen der aktuellen Pandemie massiv unterbesetzt. Anfragen bleiben dort monatelang liegen, man der Behörde aber keinen Vorwurf machen kann, weil es an den personellen Kapazitäten liegt.

Ein weiteres Problem bei den IFG-Anfragen sind die Gebühren, die erhoben werden, wenn man Anfragen stellt. Dadurch wird teilweise verhindert, dass Personen Anfragen stellen. Organisationen wie der AStA sind eventuell ausgenommen, das hat die FU noch nicht abschließend geprüft, aber gerade freischaffende Journalistinnen und Journalisten haben nicht die Mittel, um Gebühren für Informationsfreiheitsanfragen zu stellen. Das schreckt interessierte Bürgerinnen und Bürger ab.

Auch die Hochschulen müssen Transparenz zur Priorität machen. Wie ich erwähnte, bleiben die Anfragen über Monate liegen. Wenn ich mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rechtsamt telefoniere, sagen dir mir, dass nicht die Kapazitäten da sind, dass sie diese Anfragen beantworten können. Das kann nicht sein. Es gibt ein Recht, diese Anfragen zu stellen, die FU oder andere Hochschulen müssen Auskunft geben, also müssen sie auch die Möglichkeit schaffen, diese Anfragen zu bearbeiten.

Da Frau Blechinger-Talcott den Vertrag mit dem Hanban eben noch mal angesprochen hatte, möchte ich noch mal darauf hinweisen, dass der Vertrag mit dem Hanban erst durch den AStA veröffentlicht wurde und zuvor in der Presse im „Tagesspiegel“ durch einen Artikel von David Missal diskutiert wurde. Ansonsten hätte es vermutlich die erwähnten Änderungen gar nicht gegeben, auch wenn diese an sich unzureichend sind, wie ich bereits ausführte. Ich denke, die Hochschulen sollten diese Verträge generell von sich aus veröffentlichen. Dem steht eigentlich nichts entgegen, ansonsten haben alle nur mehr Aufwand, wenn wir zu jedem Vertrag erst eine IFG-Anfrage stellen müssen. Das können wir uns sparen.

Das betrifft meines Erachtens nicht nur die Verträge mit anderen Staaten, sondern auch die schon angesprochenen Verträge mit Unternehmen. Es gibt, glaube ich, deutlich mehr Stiftungsprofessuren, die von Unternehmen aus der Wirtschaft finanziert als die, die von anderen Staaten finanziert werden. Das sind Stiftungsprofessuren von VW, von SAP, von der Deutschen Telekom – das sind hauptsächlich die technischen Professuren, weil ich selbst aus dem Bereich komme, es ist aber generell eine Vielzahl. Auch hier sollten die Verträge öffentlich sein, damit man z. B. auch bei Paper und Studien nachvollziehen kann, ob bei den Professuren vielleicht Abhängigkeiten bestehen, die z. B. veröffentlichen.

Was das BerlHG und die Struktur in den Gremien angeht, wurde der Zeitpunkt der Debatte und der Informationen schon angesprochen. Es ist in der Hochschuldemokratie häufig so, dass erst zum Ende von Prozessen die Gremien beteiligt werden. So wurde z. B. die Stiftungsprofessur mit dem Hanban erst zum Thema im Akademischen Senat gemacht, als Professor Gu-der bereits ausgewählt war, auch der Vertrag stand natürlich. Da konnte man den Vertrag zwar kritisieren, aber er war praktisch schon mit China verhandelt. Da gab es nicht mehr viel zu diskutieren. Man hätte zu Beginn die Entscheidung, ob man überhaupt Verhandlungen mit dem Hanban über die Stiftungsprofessur aufnehmen will, schon im Akademischen Senat diskutieren müssen.

Es ist auch so, dass – wie ich bereits erwähnt habe – die Anfrage der gewählten Mitglieder in den Gremien noch seltener beantwortet werden als die Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz. Deswegen greifen wir auch erst auf dieses Mittel zurück und stellen die Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz, weil es dort beispielsweise das Widerspruchsverfahren gibt, weil wir die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit um Schlichtung bitten können, und es hier eine dritte Stelle gibt, die dieses Verfahren überprüfen kann, was wir an der Hochschule so nicht haben.

Es sollte vielmehr möglich sein, dass generell den Mitgliedern der Gremien Einsicht in Unterlagen gewährt wird. Es müsste eine Selbstverständlichkeit sein, dass ein gewähltes Mitglied des Akademischen Senats eine Woche vor der Sitzung im Präsidium vorstellig werden kann und sagen kann: Ich möchte gerne den Vertrag über dieses Thema, was nächste Woche diskutiert wird, einsehen. – Das muss auch nicht immer sein, dass personenbezogene Daten eingesehen werden können, die kann man gegebenenfalls schwärzen. Es ist sogar möglich – als Abgeordnete kennen Sie das –, dass man irgendwo hingehen muss, um einen Vertrag einzusehen und den dann nicht geschickt bekommt, falls das vertrauliche Dokumente sind. Das alles wird aber gar nicht erst ermöglicht, sondern es wird mit Begründungen wie personenbezogenen Daten oder Vertraulichkeit die Einsicht komplett verwehrt.

Außerdem ist es so, dass mit der Umstrukturierung der Hochschuldemokratie sehr viele Entscheidungen auf das Präsidium verlagert wurden, wie solche Aushandlungsprozesse über Verträge mit dem Hanban oder auch mit anderen mit Stiftungsprofessuren, die dann auch in den Dekanaten primär besprochen werden, aber nicht in den Parlamenten der Hochschuldemokratie, in den Gremien. Da wäre es wichtig, dass auch Transparenz bei den Exekutivorganen der Hochschuldemokratie herrscht. Das ist im BerLHG eigentlich schon vorgesehen. Zum Beispiel ist vorgesehen, dass der AStA und andere Interessenvertretungen an den Sitzungen des Präsidiums mit Rede- und Antragsrecht teilnehmen können, aber aktuell wird uns das zumindest an allen drei Universitäten auf Grundlage der Erprobungsklausel verwehrt, dass davon abgesehen wird. Das muss dringend wieder hergestellt werden. Das wäre auf jeden Fall ein Auftrag für das neue Berliner Hochschulgesetz. Wie gesagt, die Verträge müssen grundsätzlich öffentlich gemacht werden, ohne das angefragt wird.

Weiterhin kann ich zu Studierenden im Austauschprogramm berichten, hauptsächlich aus den Erfahrungen der Kolleginnen und Kollegen vom AStA der TU Berlin, die diese Solidaritätserklärung für Hongkong unterschrieben haben, wonach viele Studierende auch zum AStA gekommen sind, die sichtlich verängstigt waren, dass sie aufgrund dieses Konflikts in Mitleidenschaft gezogen werden, dass sie eventuell nach China zurückgeholt werden, dass ihre Stipendien gestrichen werden. Die waren wirklich sichtlich verängstigt, und man hat ihnen das körperlich angemerkt. Das ist ein enormer Druck, der auf diesen Studierenden lastet. Da müssen wir schauen, dass wir diesen Druck von den Studierenden nehmen und ihnen ein freies Studium hier in Berlin garantieren können.

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Besendorf! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Anzuhörenden! Wir sind in der unangenehmen Situation, dass wir die Sitzung für eine 30-minütige Lüftungspause unterbrechen müssen. Wir setzen die Sitzung um 11.30 Uhr fort. Dann haben einen genauen Zeitpunkt. Ich darf Sie bitten, sich pünktlich um 11.30 Uhr hier wieder einzufinden und bitte Sie um Ihr Verständnis. – Vielen Dank!

[Lüftungspause von 11.05 bis 11.32 Uhr]

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Anzuhörende! Wir setzen die Sitzung fort. Wir waren unter dem Tagesordnungspunkt 3, bei unserer Anhörung zu den Konfuzius-Instituten und zu Kooperationen von Hochschulen mit Dritten und den Antworten von Herrn Dr. Fulda stehen geblieben.

Dr. Andreas Fulda (University of Nottingham) [zugeschaltet]: Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich möchte gerne auf zwei zentrale Fragen der heutigen Anhörung eingehen. Die eine Frage ist, wie wir mit den Konfuzius-Instituten in Zukunft umgehen sollten und wie wir die Wissenschaftskooperation mit China unter den Bedingungen des Xi-Regimes fortführen können. Ganz kurz zu den Konfuzius-Instituten: In einer liberalen Demokratie geht es nicht, solche Organisationen zu verbieten, allerdings haben sie auch nichts an Universitäten verloren. Das sind eingetragene Vereine, die können sich auch einen Büroraum in Berlin anmieten, aber sie sollten nicht die Infrastruktur z. B. der FU Berlin – übrigens meine Alma Mater – nutzen. Ich glaube, Herr Brandenburg hat das sehr gut beschrieben. Natürlich wird damit der Eindruck erweckt, als ob das alle reine Wissenschaft wäre, aber wie gesagt, aus Sicht der Kommunistischen Partei geht es auch um politische Ziele, und insofern muss hier dem Eindruck einer Ideenwäsche entgegengewirkt werden. Das geht am besten, indem man sagt: Ja, ihr könnt hier in Deutschland agieren, aber ihr müsst das eigenständig machen. – Das war der erste Punkt.

Zu der wesentlich schwierigeren Frage, wie man die Wissenschaftskooperationen mit China gestalten kann, braucht es, glaube ich, ein bisschen einen Realitätscheck. Ich habe z. B. Aussagen gehört, wie in China gebe es eine andere Wissenschaftstradition. Das klingt alles doch sehr verharmlosend, das möchte ich hier ganz deutlich sagen. In Berlin ist MERICS, eine sehr angesehene Denkfabrik, von der Kommunistischen Partei zensiert worden. Das ist ein massiver Eingriff in die deutsche Wissenschaftsautonomie. Dazu habe ich heute ganz wenig gehört. Ich glaube, ich war der Einzige der das überhaupt benannt hat. Es geht zwar vordergründig um die Konfuzius-Institute, aber das steht alles hier im Raum. Daher möchte ich kurz erläutern, wie das Zensurregime der Kommunistischen Partei funktioniert. Das wird nicht sehr lange dauern, ich werde das so kurz wie möglich halten.

Ich habe mich 20 Jahre mit China wissenschaftlich beschäftigt, ich habe auch über 15 Jahre NGO-Projekte in China gemacht. Ich spreche hier also aus eigener Erfahrung als Wissenschaftler und als Praktiker. Die KPCh benutzt Zuckerbrot und Peitsche. Wer die Autorität der Partei anerkennt, kann mit Förderung rechnen, aber wer die Partei wie ich öffentlich kritisiert, muss Konsequenzen fürchten. Nationale und internationale Gegner des Regimes werden mit stasiähnlichen Methoden der Zersetzung bekämpft. In China werden regimekritische Forscher entweder drangsaliert oder z. B. im Falle von Ilham Tohi zu lebenslanger Haft verurteilt. Diese Art der psychologischen Kriegsführung gegen Akademiker führt dann entweder zu imaginärer Angst vor Konsequenzen oder auch realer Angst. In meinem Falle habe ich wiederholt massive Anfeindungen erlebt, E-Mails, die mich bedrohten, die an Kollegen an der University of Nottingham geschickt wurden, Morddrohungen. Zu dem Thema hat die Deutsche Gesellschaft für Asienkunde, wo ich Mitglied bin, noch nichts gesagt, obwohl ich sie darüber informiert habe. Das finde ich alles nicht in Ordnung. Ich lebe zwar im Ausland, aber ich denke, auch dazu müsste man mal etwas sagen.

Das Problem, wenn die Kommunistische Partei politische Gewalt in der Wissenschaft – und in anderen Sektoren natürlich auch – anwendet, ist, dass es zu einer individuellen und zu einer

institutionellen Selbstzensur führt. Es besteht in der Folge die Angst, dass die chinesischen Partnerorganisationen oder Geldgeber verärgert sein könnte, wenn man etwas sagt, oder man muss Angst haben, dass durch die Kritik, die man äußert, Kollegen, Familienmitglieder oder Freunde in China gefährdet werden, oder man hat Angst, den Zugang zu China zu verlieren. Das heißt, Selbstzensur findet statt, um Konflikte zu vermeiden. Die Opfer dieses Zensurregimes haben in der Folge Angst davor, in Wahrheit zu leben.

Der dritte Punkt ist dann, dass diese Selbstzensur zu Schweigen führt. Ein offener und kritischer Diskurs zu China wird in der Folge als gefährlicher Akt wahrgenommen, das erzwungene Schweigen muss außerdem gerechtfertigt werden, um kognitive Dissonanzen zu vermeiden. Wer eigentlich nicht schweigen will, fühlt sich wahrscheinlich schuldig, was ein erhebliches internes Dilemma darstellt. Es gibt aber auch Individuen, welche gerne einfach weiter mit dem offiziellen China zusammenarbeiten wollen. Das ist aber nicht so ganz ohne, denn dann kommen häufig sehr fragwürdige Bewältigungsstrategien zum Tragen. Zum Beispiel werden dann empirische Beweise der Willkürherrschaft heruntergespielt, um die KPCh nicht vor den Kopf zu stoßen. Das Statement von Frau Prof. Leutner vor dem Menschenrechtsausschuss ist ein Beispiel dafür; ich finde das auch hochproblematisch. Natürlich hat sie jedes Recht wie jeder andere auch sich zu äußern, aber das ist inhaltlich, politisch und ethisch nicht Ordnung. Es gibt aber noch eine andere Bewältigungsstrategie, und zwar besteht die darin zu sagen: Okay, diese ganzen heiklen Themen werden alle hinter verschlossener Tür behandelt –, allerdings habe ich an sehr vielen solchen Veranstaltungen hinter verschlossenen Türen teilgenommen, und da wird sehr selten offen und Tacheles geredet. Insofern kann man nicht davon ausgehen, dass das die beste Lösung ist. Zum anderen gibt es dann auch keine Transparenz und Rechenschaftslegung.

Abschließend möchte ich zu den politischen und psychologischen Schäden eines solchen Zensurregimes sprechen. Die Schäden sind gewaltig, denn das Ergebnis ist eine offene bzw. stillschweigende Unterstützung des offiziellen Chinas unter der Führung der Kommunistischen Partei und eine – aus meiner Sicht noch viel schwerwiegendere – Marginalisierung des inoffiziellen China, womit ich all jene gesellschaftlichen Akteure in China meine, welche sich für eine größere Autonomie von der Partei einsetzen. Außerdem hat es noch folgende weitere negative Auswirkungen: Der chinesische Einparteienstaat wird normalisiert. Es gibt keine Empathie und keine Solidarität mit den Opfern der Willkürherrschaft, bis zu einem gewissen Grad findet auch eine Verleugnung der Werte der eigenen Sozialisierung und eine Senkung der eigenen Standards statt und die Opfer der Zensur verlieren den Respekt der Kommunistischen Partei Chinas und ermutigen damit ein immer aggressiveres Verhalten.

Unter diesen Gesichtspunkten halte ich es für verfrüht, darüber zu diskutieren, was die deutsche Wissenschaft oder die Wissenschaft allgemein tun kann, um meinerwegen die Wissenschaftsfreiheit in China zu verteidigen. Es geht in erster Linie darum, sich ganz klar gegen die politische Zensur der Kommunistischen Partei auszusprechen. Dazu würde ich auch ganz gern von Prof. Leutner hören, was sie zu diesem Sanktionsgehabe denkt. Was ist Ihre Position dazu? Den offenen Brief haben Sie nicht unterschrieben, das können Sie auch, das ist Ihr gutes Recht, aber ich würde dennoch gerne von Ihnen hören, was Sie dazu denken. Der andere Punkt ist dann, wie man nicht nur die Zensur ablehnen kann, sondern wie man dafür sorgen kann, dass die Selbstzensur – ob individueller oder institutioneller Art – massiv reduziert wird. – Vielen Dank!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Dr. Fulda! – Dann erteile ich jetzt Frau Prof. Dr. Leutner das Wort. – Bitte schön!

Dr. Dr. h. c. Mechthild Leutner (Emerita Institut für Chinastudien FU Berlin) [zugeschaltet]: Danke schön! – Ich versuche, noch mal ein wenig zusammenzufassen. Vielleicht zuerst eine kurze Bemerkung, weil immer wieder meine Expertise für den Menschenrechtsausschuss im Bundestag angesprochen wurde: Ich bin als Wissenschaftlerin gefragt worden, und ich habe diese Expertise auf Grundlage aller vorliegenden Quellen gemacht – ich nehme an, dass heute niemand so sehr in die Materie eingearbeitet ist wie ich – und festgestellt, dass viele Ungereimtheiten und auch faktenmäßige Unklarheiten existieren. Dann habe ich als Wissenschaftlerin genau das gemacht, was ich immer mache, nämlich eine differenzierte Analyse vorgelegt. Dass das einigen Personen und insbesondere den Medien, die in den letzten Monaten, vielleicht auch Jahren, eine sehr vereinfachte China-Darstellung bringen, vielleicht auch nicht so differenziert analysieren können, nicht gefällt, ist etwas anderes. Wie gesagt, ich habe meine wissenschaftliche Expertise abgegeben, und die ist sehr differenziert. Es wäre vielleicht notwendig, sich damit zu befassen.

Das Zweite ist noch mal das Konfuzius-Institut: Vielleicht soll ich hier doch noch mal betonen, dass die Stiftungsprofessur völlig unabhängig vom Konfuzius-Institut existiert und der Sinologie zugehörig ist. Das wird hier immer ein wenig durcheinandergebracht. Da sind auch – sagen wir mal – aus Sicht der Wissenschaftlerin große Unschärfen, die hier passieren, wo alles in einen Topf gerührt wird. Das Konfuzius-Institut arbeitet unabhängig, es ist von deutscher Seite und nach deutschem Recht organisiert. Das bedeutet auch, dass wir in Bezug auf die Organisation, in Bezug auf die Lehre, in Bezug auf die Veranstaltungen frei sind und nach den Interessen, die wir selbst haben, Veranstaltungen organisieren.

Vielleicht als Erstes zum Sprachunterricht: Wir haben eine chinesische Sprachlehrerin der Peking-Universität. Alle anderen Lehrkräfte sind lokale Lehrkräfte – Chinesen, Deutsche –, die im Sprachunterricht sehr erfahren sind. Das ist vielleicht noch wichtig zu wissen. Wir haben kleine Gruppen. Unsere Studierenden machen auch Evaluierungen. Das heißt, wir schauen schon, wo gegebenenfalls Unklarheiten und Fragen sind. Durch diese kleine Gruppengröße haben wir immer ein Feedback. Da die Peking-Universität selbst eine der besten Universitäten ist, was Sprachunterricht angeht, haben wir auch in der Vergangenheit sehr gute Lehrer gehabt.

Das Zweite ist der Punkt der Veröffentlichungen – hier vielleicht ein konkretes Beispiel: Wir haben Ende Februar einen wissenschaftlichen Workshop mit chinesischen und deutschen Kolleginnen und Kollegen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern über die Kooperationen mit China im Wissenschafts- und Bildungsbereich gemacht, und zwar historisch als auch aktuell. Natürlich haben wir wie bei allen wissenschaftlichen Veranstaltungen ein breites Spektrum von Positionen gesehen. Diese Vorträge werden veröffentlicht, und zwar in Deutschland wie auch in China. Das ist etwas, wo wir auf der einen Seite versuchen, einmal über die Kooperationen zu reflektieren, auf der anderen Seite aber auch aufarbeiten und uns unsere Sicht – eine jeweils sehr unterschiedliche Sicht der Dinge – anzuschauen. Sie können im Band sehen, welche unterschiedlichen Positionen vertreten werden.

Dann war eine Frage zu den Themen „Großer Sprung nach vorn“, Taiwan, Tibet usw.: Ich sagte schon, dass wir Veranstaltungen haben, in denen wir natürlich Kollegen aus Taiwan,

Kollegen aus den USA, aus anderen europäischen Ländern einladen. Wenn wir ein Thema geben wie z. B. die Entwicklung des chinesischen Rechtssystems, was wir gemeinsam mit einem deutschen Kollegen, ein Spezialist für chinesisches Recht an einer deutschen Hochschule, organisiert haben, sind da natürlich alle möglichen Positionen vertreten, und wir laden auch Kollegen der Peking-Universität ein, unter anderem den Juristen Zhang [phonet.], der für seine sehr kritischen Positionen bekannt ist. Wie gesagt, er ist nach wie vor Professor an der Peking Universität, und da werden alle möglichen Themen behandelt. Speziell zum „Großen Sprung nach vorn“, die Kulturrevolution: Wir hatten etwa vor ein, zwei Jahren einen sehr erschöpfenden Beitrag zur Kulturrevolution, wo auch die gesamten Probleme des „Großen Sprungs“ von der Kollegin Weigelin-Schwiedrzik aus Wien, die darüber gearbeitet hat, abgehandelt wurden. Ich selbst habe auch darüber geschrieben. Meine Position dazu können Sie also gerne nachlesen. Diese Themenvielfalt – vielleicht sollte ich das noch mal betonen – richtet sich auch nach dem, wie das öffentliche Interesse ist, wie in gewisser Weise Kooperations Themen wie beispielsweise zum chinesischen Rechtssystem an uns herangetragen werden. Das heißt, wir versuchen – und haben das in der Vergangenheit relativ gut geschafft, eine breite, wirklich wissenschaftlich fundierte Expertise zu geben. Wir sind keine politischen Propagandisten. Das werden Sie sicher aus meinen zahlreichen Veröffentlichungen entnehmen können.

Der nächste Punkt, der wurde von Herrn Brandenburg aufgegriffen: Herr Brandenburg, wir hatten schon Gespräche über die Drucksache der Bundesregierung für den Bundestag, in der es an einer Stelle heißt, dass es bekannt sei, dass der chinesische Staat auf die Konfuzius-Institute Einfluss nehme. In der gleichen Drucksache ist an anderer Stelle zitiert, dass es keine konkreten Fälle der politischen Einflussnahme gebe. Dieser zweite Satz wird in der Regel in den Medien nicht widergegeben. Das finde ich bedauerlich. Auf jeden Fall ist mir und allen meinen Kollegen kein Fall bekannt – an der FU sowieso nicht, aber auch an anderen Konfuzius-Instituten in Deutschland ist kein Fall bekannt.

Vielleicht zum Schluss noch etwas zum Selbstverständnis. Ich selbst bin seit 1978 zuerst wissenschaftliche Mitarbeiterin, dann Professorin an der Freien Universität Berlin. Alle Kollegen und Kolleginnen, auch die Kolleginnen und Kollegen im Sprachunterricht, sind verantwortliche Wissenschaftler, die sich breit und wissenschaftlich mit China befassen, die eine breite Expertise haben. Wir haben das Institut für Chinastudien im Laufe der letzten Jahrzehnte aufgebaut, es ist inzwischen eines der führenden Institute in Deutschland, und ich denke, man sollte die Unabhängigkeit auch der Wissenschaftler und die Unabhängigkeit der wissenschaftlichen Expertise etwas würdigen. Wir brauchen eine unabhängige Expertise zu China, um eine vernünftige, reale Chinapolitik und Wirtschaftsbeziehungen entwickeln zu können. Auf der anderen Seite denke ich mir, dürfen wir wirklich die Attraktivität unseres eigenen demokratischen Systems für uns, aber auch für unsere chinesischen Kooperationspartner, mit denen wir zusammenarbeiten und mit denen wir über Jahre hinweg hinaus Beziehungen aufgebaut haben, nicht unterschätzen. – Danke schön!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Frau Prof. Dr. Leutner! – Jetzt haben sich Buchholz und Herr Schulze zu Wort gemeldet. – Herr Buchholz, bitte!

Christian Buchholz (AfD): Ich wollte noch einmal nachfragen: Das Thema „Großer Sprung nach vorn“ ist ein noch ein größeres Thema als diese drei T, die in den Konfuzius-Instituten

nicht vorkommen. Dazu wollte ich fragen, wie die Konfuzius-Institute mit dieser Katastrophe des „Großen Sprungs nach vorn“ von Mao umgehen.

Vorsitzender Martin Trefzer: An wen soll die Frage gehen, Herr Buchholz? – [Christian Buchholz (AfD): An alle!] – Dann Herr Schulze bitte!

Tobias Schulze (LINKE): Ich wollte keine Frage stellen, sondern ganz kurz sagen, dass ich es sehr spannend fand, wie Sie alle miteinander das Thema aufgefächert haben und dass die Anhörung uns alle deutlich nach vorne gebracht hat. Sie zeigte – so ähnlich, wie Frau Czyborra es vorhin auch sagte –, dass es nicht darum geht, Kooperationen abzubrechen, sondern im Gegenteil eher auszuweiten und dass die Wissenschaft wie andere Räume auch kein macht- oder politikfreier Raum ist, sondern immer auch von Interessen geprägt ist, und dass wir uns darüber verständigen müssen – wir haben eine Gesetzesnovelle vor uns –, wie die Spielregeln und die Rahmenbedingungen für solche Kooperationen ausgestaltet werden, und dass wir schauen müssen, an welchen Stellen wir für Kooperationspartner Grenzen setzen. Das gilt nicht nur für ausländische Staaten oder entsprechende Institute aus dem Ausland, sondern das gilt auch für alle möglichen privaten und öffentlichen Kooperationspartner, die wir so haben.

Wenn wir konkret für Berlin die Situation sehen, dann geht es, glaube ich, darum, genau diese Debatte weiterzuführen und die Kommunikation, den Dialog in der Wissenschaft selbst zu ermöglichen, dass sich die Wissenschaft selbst darüber verständigen will, welche Standards sie für die Zusammenarbeit mit solchen Staaten anwendet. Das muss auf einer möglichst transparenten und partizipativen Ebene passieren; das hat Herr Besendorf vorhin deutlich erwähnt. Dann kann so ein Dialog auch dazu beitragen, dass sich die Beziehungen vertiefen, obwohl die politischen Systeme so unterschiedlich sind. Es geht ganz klar darum, einen Austausch zu haben, aber dabei die Menschenrechte aus unserer Sicht in den Mittelpunkt zu stellen, ist ganz entscheidend. China gibt es nicht ohne die Kommunistische Partei und die Regierung dort und dass ein Staatskommunismus, wie er dort herrscht, andere Bedingungen hat, wenn man mit einem Ministerium spricht, das kein parteifreier Raum ist – das ist es hier auch nicht, aber da noch weniger –, sondern dass die Verquickungen zwischen Wissenschaft, Politik und der Kommunistischen Partei immer sehr eng sind, ist klar; das weiß man. Deswegen müssen wir für uns die Standards definieren, unter denen wir solche Kooperationen eingehen, ohne sie abzubrechen. Das ist, glaube ich, ganz wichtig, dass wir sagen, dass Kooperationen weitergeführt werden müssen, wir brauchen auch bei uns China-Expertise, und wir brauchen die Anbindung, aber das unter den Bedingungen, unter denen wir uns Wissenschaft hier vorstellen. Das wollte ich noch einmal deutlich machen. – Danke schön!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Schulze! – Es wurde noch mal die Frage in den Raum gestellt, wie die Konfuzius-Institute mit dem „Großen Sprung“, der Kulturrevolution, der Politik der Fünfziger- bis Siebzigerjahre umgehen. Herr Dr. Brandenburg, wollen Sie vielleicht dazu etwas sagen?

Dr. Jens Brandenburg (Sprecher für Studium, berufliche Bildung und lebenslanges Lernen der FDP-Bundestagsfraktion): Ich kann da letztlich keine verbindliche Auskunft geben, weil ich das zu den Themen mache, die ich selbst geprüft habe. Mir ist zumindest keine Veranstaltung – ich habe mir wirklich viele Veranstaltungskataloge der Konfuzius-Institute angeschaut – selbst in Erinnerung, die in die Richtung ginge. Wie gesagt, ohne dass ich das explizit prüfe,

wie bei den anderen Themen, die ich angesprochen habe, würde ich von meiner Seite aber keine verbindliche Auskunft geben.

Zweitens habe ich noch eine Richtigstellung: Frau Leutner, Sie pochen die ganze Zeit rhetorisch auf Fakten und differenzierte Analyse. Das wünsche ich mir umgekehrt auch einmal. Wenn Sie in der eben angesprochenen Anhörung sagen, dann sollen wir alle mal nach Xinjiang gehen und uns das unabhängig anschauen, ohne zu erwähnen, dass das gar nicht möglich ist, weil China genau das weder für demokratisch gewählte Politikerinnen und Politiker noch für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Deutschland zulässt, dann ist das nicht sehr differenziert.

Es ärgert mich wirklich, weil Sie diese Falschbehauptungen mehrfach auch öffentlich gemacht haben, deshalb möchte das an der Stelle mal richtigstellen, und zwar zur Kleinen Anfrage, Antwort der Bundesregierung: Wir haben vorne in der Anfrage, das kann gerne jeder in der Drucksache nachschauen, gefragt, ob der Bundesregierung bekannt sei, inwiefern Einfluss der Kommunistischen Partei auf die Lehrveranstaltungen, der Lehrmaterialien der Konfuzius-Institute stattfindet. Diese Frage hat die Bundesregierung ausdrücklich bejaht. Das Zitat habe ich eben vorgelesen. Wir haben ganz am Ende der Anfrage – insbesondere die Opposition hier kennt das, solche Fragen stellt man einfach, manchmal hat man einen Treffer – gefragt, ob der Bundesregierung konkrete Fälle bekannt sind, in denen Mitarbeiter von Konfuzius-Instituten direkt oder indirekten Einfluss auf die Forschung und Lehre der Hochschule generell ausgeübt haben. Dazu hat die Bundesregierung nicht gesagt, dass es solche Fälle nicht gab, sondern sie sagte, solche konkreten Fälle liegen ihr nicht vor. Das wundert mich in der föderalen Bundesrepublik nicht. Wenn solche Kenntnisse da sind, sind die auf Länderebene und zweitens ist das eine Frage, die explizit danach fragte, ob letztendlich Einfluss auf die Hochschulen außerhalb der Konfuzius-Institute mit ganz konkret nachweisbaren Fällen stattgefunden hat. Das heißt ausdrücklich nicht, dass die KP keinen Einfluss auf die Tätigkeit an diesen Konfuzius-Instituten übt. Ich bitte darum, dass Sie auch in der Sache endlich mal anfangen, zu differenzieren. – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Dr. Brandenburg! – Noch ein kleiner Hinweis von meiner Seite: Die Anhörungen sind nicht so geplant, dass die Anzuhörenden untereinander in Dialog treten. Es ist ein Dialog zwischen den Abgeordneten und Ihnen, und Sie antworten auf die Fragen der Abgeordneten, aber trotzdem die Frage an die anderen Anzuhörenden. Möchte noch jemand etwas sagen, vielleicht noch zu der Frage von Herrn Buchholz? – Das sehe ich nicht. Dann würde ich an den Senat für die an den Senat gerichteten Fragen übergeben. – Herr Krach, bitte!

Staatssekretär Steffen Krach (SKzI): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Anzuhörende! Vielleicht zwei Sätze vorweg: Uns als Senatskanzlei für Wissenschaft und Forschung sind die internationalen Kooperationen der Berliner Hochschulen extrem wichtig, und ich glaube, dass es den Wissenschaftsstandort Berlin auszeichnet, internationale Kooperationen zu haben. Da sind manchmal schwierige Fälle dabei. Das bezieht sich nicht nur auf China, da könnten wir auch, was Kooperationen angeht, in Richtung Türkei oder in andere Länder schauen.

Häufig ist aber die Wissenschaft eine Brücke auch abseits von politischen Schwierigkeiten. Deswegen ist mir das auch sehr wichtig, dass wir da sehr stark unterscheiden, ob es bei sol-

chen Kooperationen die Möglichkeit einer politischen Einflussnahme gibt oder nicht. Deswegen ist es auch wichtig, dass wir heute hier über das Konfuzius-Institut sprechen, weil es da die Möglichkeit geben könnte und man sich das deswegen ganz genau anschauen muss. Deswegen ist mir auch die Transparenz wichtig. Darauf will ich auch noch mal hinweisen, dass wir hier heute so ausführlich darüber sprechen, dass nahezu alle die Informationen haben, welche Punkte in der weiteren Auseinandersetzung zwischen der Freien Universität und Hanban noch strittig waren. Das zeigt, dass wir damit sehr transparent umgegangen sind. Sie haben es gesagt, es gibt 19 Konfuzius-Institute in Deutschland. Mir ist keine öffentliche Debatte bekannt, die das so im Detail diskutiert hat und dann auch Konsequenzen gezogen hat, wie wir es in Berlin angeschoben haben. Das ist mir wichtig, dass wir auch darauf hinweisen, dass wir das sehr ernst nehmen – nicht nur wir als Senatskanzlei für Wissenschaft und Forschung, sondern auch die Freie Universität.

Ich habe mich dann, nachdem es diverse Presseberichterstattungen gegeben hat, an die Freie Universität gewandt. Ganz offen gesagt: Dafür bin ich auch dankbar. Ich kenne nicht alle Kooperationsverträge, das sage ich ganz offen. Ich kenne nicht jeden Kooperationsvertrag der Berliner Hochschulen mit internationalen Partnern. Deswegen ist es wichtig, wenn es Verdachtsfälle gibt oder Hinweise, dass es politische Einflussnahme gibt, dass darüber berichtet wird. Deswegen bin ich denjenigen, die sehr ausführlich darüber berichtet haben, sehr dankbar. Wir haben das am 14. Februar 2020 zum Anlass genommen, uns mit den verschiedenen Dingen, die uns an dem Kooperationsvertrag aufgefallen sind, an die Freie Universität zu wenden. Ich glaube, der Abgeordnete Grasse hat danach gefragt, welche Punkte wir kritisiert haben: Da ging es einmal um das chinesische Recht als Grundlage, dann die chinesische Schlichtungsstelle und die Regelung einer Beschränkung zur Zulassung zum Studiengang auf deutsche und EU-Bürger. Dazu gab es haushaltsrechtliche Fragen, die aber erst einmal zwischen uns als Senatskanzlei und der Freien Universität besprochen werden mussten.

Wir haben auch darauf hingewiesen, dass wir davon ausgehen, dass die FU jederzeit in der Lage ist, dass eigenständig zu finanzieren. Bei einem Budget von 350 Millionen Euro, die die FU neben Drittmitteln alleine aus Haushaltsmitteln des Landes hat, bin ich der Meinung, dass es auch möglich ist. Darauf haben wir hingewiesen, und ich gehe davon aus, dass mittelfristig die Finanzierung aus dem Haushalt der Freien Universität erfolgt. Es hat dann Verhandlungen gegeben, und dazu hat Frau Blechinger-Talcott einiges gesagt. Daran waren wir nicht beteiligt, das hat die Freie Universität mit der chinesischen Seite verhandelt. Ganz offen: Zu meiner Überraschung hat es da Veränderungen gegeben, die zumindest aus unserer Sicht in die richtige Richtung gegangen sind.

Zu der Frage der Abgeordneten Plonske, inwiefern es in der Zwischenzeit Hinweise gegeben hat, dass es eine politische Einflussnahme im Detail gegeben hat. Dazu kann ich nur sagen, dass die Berufungsverfahren genauso verlaufen wie andere Berufungsverfahren, und wir, auch nach Hinweis der Freien Universität, bisher keine Informationen darüber haben, dass es illegitime Einflussnahmen von Hanban gegeben habe. Trotzdem muss man das alles mit Vorsicht betrachten. Deswegen ist es wichtig, dass die Freie Universität reagiert hat und dass wir mittelfristig – da hat es schon Gespräche oder Briefwechsel zwischen mir und dem BMBF gegeben –, auch das ist bekannt, darauf achten und mittelfristig die Finanzierung auch auf eigenen Füßen steht.

Bezüglich der Frage, inwiefern ich die Gespräche mit der chinesischen Seite wahrgenommen habe, die der Regierende Bürgermeister bei den Reisen wahrgenommen hat, kann ich gar nicht so viel sagen, weil ich bei den Gesprächen nicht dabei war und ihn auch nicht bei den Reisen begleitet habe. Deswegen kann ich dazu nicht so viel beitragen, inwiefern auch das im Detail besprochen worden ist, bzw. wie die chinesische Seite reagiert hat.

Dann ist noch von Ihnen, Herr Abgeordnete Grasse, gefragt worden, ob es noch eine zweite Professur an der Humboldt-Universität geben soll. Mir ist aktuell nur eine Diskussion über eine Stiftungsprofessur bekannt, die über die Botschaft Aserbaidshans finanziert werden soll. Das ist ein anderes Thema, das ist mir bewusst, aber diese öffentliche Diskussion ist mir bekannt. – [Stefan Förster (FDP): Das ist auch nicht viel besser!] – Ich bin auch nicht überzeugt, wir bekommen dazu eine Stellungnahme der Humboldt-Universität, und dann werden wir uns die im Detail anschauen, aber auch da muss man das Ganze mit Vorsicht betrachten, um es mal zurückhaltend zu formulieren. Eine weitere Professur an der Humboldt-Universität ist mir nicht bekannt, aber ich würde das, wenn es dazu schon Informationen bei uns im Haus gibt, gerne nachreichen.

Abschließend noch ein Satz zu dem Thema, was hier auch diskutiert worden ist, aber was nicht direkt mit dem Konfuzius-Institut zu tun hat – das ist die Sinologin, die die Freie Universität verlassen muss, weil es dort kein Angebot gegeben hat –: Ganz offen: Das überzeugt mich überhaupt nicht. Da geht es darum, dass eine befristete Professur nicht entfristet wird. Das ist erst einmal nicht tolerabel, da kann es nicht um finanzielle Probleme gehen. Es wird dann ein bisschen teurer, wenn man aus einer W1- eine W2-Professur macht. Da könnte ich im Detail sagen, was das für eine Universität kostet. Hier wieder der Hinweis: Bei einem Budget von 350 Millionen Euro pro Jahr würde ich relativ zügig im Haushalt der Freien Universität Mittel finden, um so eine Professur finanzieren zu können – wenn man es will. Das ist dann die Entscheidung der Freien Universität, dann muss die Freie Universität aber auch sagen, dass man das nicht wolle, dass man nicht diesen Schwerpunkt habe. Man kann es aber nicht darauf zurückführen, dass das Geld fehlt. Das ist eine überschaubare Summe, das will ich ganz klar sagen, und ich könnte jetzt noch über Rücklagen der Universitäten oder sonstige Dinge sprechen, und ich könnte mir noch anschauen, was in anderen Fachbereichen gerade alles an Spitzenberufungen passiert, die deutlich teurer sind. Deswegen bitte nicht jedes Mal sagen, dass das Geld fehle, sondern da muss man als Präsidium ganz klar sagen, dass das nicht der Schwerpunkt sei, und deshalb habe man sich nicht darum bemüht. Es kann aber nicht an den paar Tausend Euro liegen, die dort möglicherweise fehlen.

Auch da: Ich werde nicht den nächsten Hochschulvertrag verhandeln, aber ich rate dringend davon ab, jetzt darüber nachzudenken, ob man dafür Sondertatbestände einführt. Ganz offen:

Dann brauchen wir keine Globalhaushalte an den Universitäten mehr, wenn wir dann für eine zusätzliche Professur im Bereich Sinologie einen Sondertatbestand im Hochschulvertrag machen. Genau das ist nicht Sinn und Zweck der Hochverträge, die wir haben. Wenn wir das wieder machen, dann können wir jede einzelne Professur im Landeshaushalt abbilden, das machen andere Bundesländer – jede einzelne Stelle, jede einzelne Verwaltungsstelle. Dazu muss man nur nach Bayern schauen, dort wird das gemacht. In Berlin haben wir davon Abstand genommen. Ich würde sagen, das ist richtig, aber dann darf man bitte nicht jedes Mal, wenn eine Professur aus welchen Gründen auch immer nicht verlängert wird, darauf hinweisen, dass das Geld fehlt. –Vielen Dank!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Staatssekretär Krach! – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann kommen wir zum Schluss der Anhörung und zu der protokollarischen Frage, ob die Anhörung für die Besprechungspunkte 3 a, b und c bis zur Vorlage des Wortprotokolls vertagt werden soll oder ob wir es heute abschließen wollen. Gibt es Präferenzen dieser Runde? Ansonsten würde ich sagen, wir vertagen bis zur Vorlage des Wortprotokolls. – [Zuruf: Abschließen!] – Gibt es Widerspruch? – [Adrian Grasse (CDU): Ich bin für vertagen!] – Die CDU-Fraktion ist für eine Vertagung. Dann vertagen wir diesen Tagesordnungspunkt bis zur Vorlage des Wortprotokolls. Ich sage allen Anzuhörenden ganz herzlichen Dank, dass Sie uns heute mit Ihrer Expertise Rede und Antwort gestanden haben. – Danke schön!

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**SAGE Fächer an den Berliner Hochschulen –
bestehende Strukturen und Konzepte für die
Zukunft**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die
Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0130](#)
WissForsch

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 22.03.2021

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3597
**Zweite Verordnung zur individuellen
Regelstudienzeit auf Grund der COVID-19-
Pandemie**
(vorab überwiesen)

[0143](#)
WissForsch

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.